



Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 220

Mittwoch, 19. September 1928

35. Jahrgang

Das Reichskabinett dankt Hermann Müller

Berlin, 18. September (Eig. Bericht)

Amlich wird mitgeteilt:

Der Reichskanzler berichtete am Dienstag dem Reichskabinett über die in Genf geführten Verhandlungen. Das Reichskabinett billigte einstimmig die Haltung des Reichskanzlers und der Deutschen Delegation und dankte dem Reichskanzler für seine geschickte und tatkräftige Führung der Verhandlungen.

*

Am Dienstag-Nachmittag empfing der Reichskanzler Müller Vertreter der Berliner Presse. Er verwies einleitend darauf, daß es gelungen sei, endlich zu offiziellen Verhandlungen über die Rheinlandräumung zu gelangen; Müller fuhr dann fort: „Briand hat mit Recht darauf hingewiesen, daß das ein Novum darstelle. Es schien bei Beginn der Verhandlungen nicht sehr leicht zu sein, zu einem solchen Resultat zu kommen. Vertreter der anderen Staaten haben wiederholt zu erkennen gegeben, daß sie es lieber gesehen hätten, wenn die Sache auch weiterhin dilatorisch behandelt würde. Auch Cushing hat angedeutet, daß man die Räumungsfrage doch besser später behandeln würde. Er wies in diesem Zusammenhang auch auf die Krankheit Chamberlains hin. In ähnlicher Weise sprachen sich die Vertreter Belgiens und Italiens aus. Es gelang dann aber doch, zunächst die Verhandlungen der Sechszustände zu bringen. Am letzten Sonntag konnte, nachdem das gesehen war, festgestellt werden, daß die Räumungsfrage offizieller Verhandlungsgegenstand geworden sei. Aber als wesentlich wichtiger noch erscheint es, daß auch offizielle Verhandlungen über die Reparationsfrage eröffnet worden sind. Es braucht nicht besonders betont zu werden, aus welchem Grund Deutschland ein Interesse an der Festlegung einer endgültigen Endsumme hat. Darüber ist in deutschen und in ausländischen Parlamenten oft und viel gesprochen worden.

Es wäre dann weiter festzustellen, daß die deutsche Delegation in Genf weder in der Räumungsfrage noch in den Erweiterungen über das Sicherheitsproblem irgendwelche Bindungen eingegangen ist, die etwa auch die deutsche Regierung oder das deutsche Parlament binden könnten. Es wäre ferner festzustellen, daß die deutsche Delegation bis zuletzt nachdrücklich auf der Trennung der einzelnen Verhandlungsgegenstände bestanden hat. Es ist deutscherseits niemals ein innerer oder äußerer Zusammenhang zwischen Räumung und Reparationen anerkannt worden. Allerdings ist zu bedauern, daß ein unmittelbarer Erfolg in der Räumungsfrage nicht erzielt worden ist. Trotzdem kann man nicht sagen, daß die Verhandlungen vollkommen erfolglos geblieben seien. Nachdem jetzt einmal die Räumungsfrage offiziell auf die Tagesordnung der internationalen Politik gestellt worden ist, wird sie von dieser Tagesordnung nicht mehr verschwinden, bis sie ihre Lösung gefunden hat.“

Briand berichtet morgen

Paris, 19. September (Radio)

Die französische Regierung tritt morgen zu einer Sitzung zusammen, deren Hauptaufgabe es sein soll, den Bericht Briands über seine Genfer Verhandlungen entgegenzunehmen.

In einigen Blättern wird auch schon die Möglichkeit angekündigt, daß vielleicht morgen schon eine Entscheidung darüber fallen könne, ob und wann Frankreich die zweite Zone des Rheinlandes zu räumen gedenkt. Immerhin ist es geboten, vorläufig größte Skepsis zu bewahren, obwohl gerade aus

„Graf Zeppelin“ gestartet

Nach drei Stunden Fahrt glücklich gelandet

Das Zeppelinluftschiff L. 3. 127 „Graf Zeppelin“ ist am Dienstag nachmittags um 3 Uhr 39 Minuten zu seiner ersten Probefahrt gestartet. Auf das Kommando „Los“ sprangen die fünf Motoren an, die Sektel wurden losgelassen, das Luftschiff stieg in die Höhe und wandte sich fogelich nach Westen. Die Zuschauer brachten der Besatzung und dem Leiter der Fahrt, Dr. Goerner, begeisterte Huldigungen dar. Das Luftschiff überflog zunächst Meersburg, wandte sich dann nach Osten und erschien nach mehrmaligem Manövrieren gegen 4 Uhr über Lindau. Es setzte dann seine Fahrt über Bregenz fort, um in südlicher Richtung über dem schweizerischen Ufer zu kreuzen und die Richtung nach Konstanz einzuschlagen. Um 4 Uhr 45 befand sich der Luftstief über Konstanz; wenige Minuten später kreuzte er über Friedrichshafen und verschwand dann schließlich wieder in der Richtung zum Bodensee. Um 6.45 Uhr konnte „Graf Zeppelin“ nach einer dreistündigen Versuchsfahrt glücklich landen. Das Schiff wurde von vier Dornier-Flugzeugen begleitet.

den Reihen der französischen Linksparteien immer schärfer die Forderung auftritt, daß Frankreich unbedingt „eine schöne Geste“ tun müsse, um die weiteren Verhandlungen zu erleichtern.

Besonders bemerkenswert ist heute die Stellungnahme des Sozialistenführers Blum über das Problem der Rheinlandräumung. Blum bedauert es in einem Artikel, daß Briand nicht schon in Genf die Räumung des Rheinlandes zugesagt habe. „Wieder eine verlorene Gelegenheit“, schreibt Blum. Frankreich hätte seinen moralischen und politischen Einfluß in der Welt durch eine Geste der Gerechtigkeit, des Vertrauens und der Großmut wesentlich erhöhen können und es hätte die ganze Sympathie der Völker auf sich vereinigen können, ohne durch die sofortige Freigabe des „Reichspfandes“ Schaden zu leiden. Es wäre Deutschland vollkommen unmöglich gewesen, ohne Gefahr zu laufen, gegen die Einheitsfront der gesamten Welt anzukämpfen. Schließlich muß Frankreich die Räumung doch zugestehen, denn niemand kann die furchtbare Verantwortung für ein Scheitern der Rheinlandverhandlungen auf sich nehmen.

Die Hehe gegen Müller

Das Spiel ist durchschaut

Paris, 18. September (Eig. Drahtber.)

Die Unzufriedenheit, die zahlreiche bürgerliche Parteien in Deutschland über die Genfer Verhandlungen an den

Tag legen, beginnt allmählich in Frankreich die schärferen Rückwirkungen hervorzurufen. Charakteristisch für die ärgerliche Stimmung in Frankreich ist der Dienstag-Artikel des „Temps“.

Der Temps erklärt es ebenso unverständlich wie unehrlich, wenn Deutschnationalen, Zentrum und Deutsche Volkspartei in holdem Verein gegen die Genfer Beschlüsse protestieren und die Sozialdemokratie mit dem Odium eines Mißerfolges belasten wollten. Man könne darin nicht mehr sehen, als ein plummes politisches Manöver, trügen doch gerade die Deutschnationalen die Schuld daran, daß im Ausland immer noch dieses Mißtrauen gegen den Friedenswillen Deutschlands bestehe; sie seien es doch, die durch ihre ewige Revanchekampagne den Gang der Politik der Versöhnung auf das äußerste erschweren. Volkspartei und Zentrum aber schieben zu vergessen, daß die Genfer Beschlüsse nichts anderes seien als die logische Konsequenz der von ihnen begonnenen und der mit Hilfe der Deutschnationalen fortgeführten Politik von Locarno, an der die Sozialdemokratie bisher als Regierungspartei nicht mitgewirkt habe. Es sei eine willkürlich ausgestreute Fiktion, wenn man in Deutschland behaupte, daß die Allierten einem sozialdemokratischen Reichskanzler nichts verweigern könnten. Reichskanzler Müller habe in Genf wirklich das erreicht, was zu erreichen gewesen sei. Man solle in Deutschland nur einen Augenblick daran denken, wie weit ein Reichskanzler aus den Reihen der Reaktion gekommen wäre. Endlich ist es unehrlich, den Reichskanzler Müller gegen den Außenminister Stresemann auszuspielen, wie es Marx in Chemnitz getan habe, denn für Müller wie für Stresemann und schließlich auch für Marx selbst gebe es nur eine und dieselbe Linie: Fortsetzung der Politik von Locarno.

Zenters Abschied

Wie bereits kurz gemeldet, scheidet der Chef der Marineleitung, Admiral Zenter, Ende September aus dem Dienst der Marine.

Dazu schreibt uns der „Soz. Pressedienst“:

Der Rücktritt des Chefs der Marineleitung ist die Konsequenz der Lohmann-Affäre. Als nach dem Rücktritt des Reichswehrministers Gehler der gesamte Komplex der Lohmann-Unternehmungen allmählich bekannt wurde und der Skandal, der mit dem Phöbus-Film begann, in voller Größe vor der Öffentlichkeit stand, erklärte der neue Reichswehrminister Gröner vor dem Haushaltsausschuß des Reichstages:

„Das Haushaltsrecht des Reichstages ist in unverantwortlicher Weise verletzt worden. Es ist nicht zu billigen, daß ein Vorgesetzter seinen Untergebenen solche Generalvollmacht gibt, wie sie der Kapitän Lohmann besessen hat. Nach meinen Begriffen von den Pflichten eines Vorgesetzten ist das eine ganz unmögliche Sache.“

Diese Erklärung richtete sich in voller Schärfe gegen den Admiral Behne, den früheren Chef der Marineleitung, unter dem sich der Lohmann-Skandal entwickelt hatte und gegen den Admiral Zenter, der als Nachfolger Behnes die Generalvollmacht für Lohmann befristet hat. Die Erklärung wurde am 13. März abgegeben. Herr Zenter ist nach dieser Erklärung mit außerordentlicher Langmut behandelt worden. Er scheidet jetzt, ein halbes Jahr nach dieser Bloßstellung, aus dem Dienst aus. Man hat ihm durch diese Schlußfrist einen ehrenvollen Abgang zugestanden.

Herr Gröner, der Reichswehrminister, hat in dieser Angelegenheit eine langsame Hand gehabt. Das hindert nicht, daß heute mit allem Nachdruck auf die unverantwortliche Haltung des Reichsmarineamtes unter Reichswehrminister Gehler gegenüber dem Lohmann-Skandal hingewiesen wird. Als im Jahre 1927 bekannt wurde, daß aus Mitteln des Marineamtes durch Vermittlung des Kapitäns Lohmann die Phöbus-Film-Aktiengesellschaft finanziert worden war, um sogenannte natio-

nale Filme herauszubringen, hat das Reichsmarineamt den Versuch unternommen, kategorisch zu dementieren. Es hat damals mit Strafanzeigen gedroht. Der Skandal ließ sich jedoch nicht unterdrücken. Allmählich stellte es sich heraus, daß Kapitän Lohmann einen Rattenkönig von Geschäften zusammengekauft hatte, teils mit Reichsmitteln, teils mit Hilfe von Krediten, für die das Reichsmarineamt die Garantie übernommen hatte. Film- und Spezialeffektgesellschaften, Häuserpekulationen, Erzeugnisgesellschaften, Schiffbau-Gesellschaften zur Beschaffung und Fortentwicklung von Motorbooten, Hafenanläufe, Errichtungen von Flugzeugwerken, Grundstücksgeschäfte, Ankäufe von Bankunternehmungen — alles das hatte Kapitän Lohmann, gestützt auf seine Generalvollmacht, zusammengekauft. Der Ausgangspunkt seiner Geschäfte war ein Betrag von zehn Millionen Mark Goldwert, der zur Zeit des Ruhrkampfes dem Reichsmarineamt überwiesen worden war. Fünf Jahre lang nach dem Ruhrkampf hat ein Kapitän aus dem Reichsmarineamt unkontrolliert und ungehemmt wirtschaften können.

Der Skandal hat seinerzeit dem Reichswehrminister Gehler endgültig das Genick gebrochen. Gleichzeitig lenkte er die Aufmerksamkeit auf die finanzielle Mißwirtschaft im Heeres- und Marine-Etat, in dem unkontrollierbare Fonds zur Verfügung standen. Reichswehrminister Gröner hat nach der vollen Aufdeckung des Skandals das feierliche Versprechen abgegeben, daß derartige Fonds nicht mehr entstehen und die Verstöße gegen die Haushaltsordnung aufgehoben würden. Die Reinigungsaktion hat begonnen. Sie ist noch in vollem Gange. Der Abgang des Herrn Zenter lenkt die Aufmerksamkeit darauf, daß bei kommenden Etatsberatungen stärker als zuvor der Reichstag sein Budgetrecht bei der Beratung des Heeres- und Marine-Etats durchsetzen muß.

Die deutschen Gewerkschaften als Vorbild für das französische Proletariat

Paris, 18. September (Eig. Bericht)

Der Kongreß der französischen Textilarbeitergewerkschaften, der am Montag in Paris zusammengetreten ist und 115 Delegierte aus 87 Einzelgewerkschaften vereint, hat sich zunächst mit dem Lohnkonflikt in Nordfrankreich beschäftigt. Die Haltung der nordfranzösischen Textilarbeiter wurde gebilligt. Es wurde beschlossen, nochmals bei der Regierung und dem nationalen Wirtschaftsrat vorstellig zu werden.

In einer weiteren Entschlieung wird der Gewerkschaftsbund aufgefordert, seinen ganzen Einfluß aufzubieten, um die gefühlige Festlegung der Arbeiterkontrolle über den Produktionsgang und den Arbeiterlohn zu erreichen. Endlich wurde angesichts der drohenden Lohnkämpfe, die eine weitere Anpassung der Löhne an die Teuerung erhoffen lassen, beschlossen, die Beiträge wesentlich zu erhöhen. Zahlreiche eifrige Delegierte wiesen bei dieser Gelegenheit auf das Beispiel der deutschen Gewerkschaften hin, die dank ihrer vorzüglich organisierten Finanzverwaltung eine Stärke und Unabhängigkeit erreicht hätten, um die sie die französischen Gewerkschaften nur beneiden könnten.

Die Fahrt diente vor allem der Erprobung des Gerippes und der Maschinenanlage; außerdem wurden Gasmessungen vorgenommen und die elektrischen Anlagen geprüft.

Wieder mal reingefallen!

Die Domela-Schafe werden nicht alle

Frankfurt a. M., 18. September (Eig. Ber.)

In Offenbach am Main wurden der 25jährige Kaufmann Fritz Wich und der 30jährige Bankbeamte Roland Kuntelmann wegen Betruges und Urkundenfälschung festgenommen. Beide haben in der letzten Zeit bei den verschiedensten Firmen und Geschäftsleuten größere Geldbeträge gesammelt. Sie bedienten sich bei ihren Betrügereien eines „amtlichen Ausweises“, der jedoch gefälscht war. Außerdem zeigten sie ein Schreiben vor, daß die Sammlung, in Auftrag der vaterländischen Verbände erfolge und die gezeichneten Geldbeträge zur Unterstützung der Kriegsofoper verwendet werden sollten. Dieses Schreiben war ebenfalls gefälscht. Die beiden „Ehrenmänner“ sind der Kassierer und der Schriftführer der rechtsgerichteten Deutschen Ehrenlegion, Ortsgruppe Offenbach am Main.

Die sächsische Sozialdemokratie zur politischen Lage

Scharfe Kampfanlage gegen die Kommunisten / Für grundsätzliche Opposition

Die Landesinstanzen der Sozialdemokratischen Partei Sachsens haben sich in einer gemeinsamen Sitzung mit den Landtagsabgeordneten und den sächsischen Reichstagsabgeordneten am 17. September mit der politischen Lage in Sachsen nach den Vorkämpfen im Reich beschäftigt und haben (einstimmig) folgende Resolution angenommen:

„Die Möglichkeit, Flottenrüstungen durch Volksentscheid zu verhindern, ist schon durch das Verhalten der Kommunisten zerstört worden, die einen solchen Volksentscheid nur zum Kampf gegen die Sozialdemokratie benutzen.“

Die kommunistische Partei hat sich bei dieser Aktion wieder in ihrer ganzen Abgiertheit entblüht. Sie verkündet laut, daß sie keinen Volksentscheid gegen den Panzerkreuzer, sondern gegen die deutsche Sozialdemokratie führt und fordert im gleichen Atemzug die sozialdemokratischen Arbeiter auf, mit ihr zum Einheitskomitee zu bilden gegen die eigene Partei. Dieser Vorkampf der KPD ist in Sachsen bereits zusammengebrochen. Mit tiefem Abscheu wenden sich die Arbeiter von dieser kommunistischen Politik ab, die sich nicht den Erfolg einer gemeinsamen Sache, sondern den Bruderkampf und die Zerstörung der großen Sozialdemokratischen Partei zum Ziel setzt.

Die sächsischen Landesinstanzen sind der Meinung, daß die auf dem Magdeburger Parteitag vorgegebene grundsätzliche Debatte zum Wehrproblem geführt werden muß unter Zugrundelegung der Brüsseler Abrüstungsresolution, in der ausdrücklich festgelegt wird, daß „in der kapitalistischen Epoche jeder Krieg

stets den Charakter des herrschenden Imperialismus trägt.“ Neben der Debatte über das Wehrproblem muß der Parteitag eine besondere Entscheidung über den Fall des Panzerkreuzers herbeiführen.

Die schwere Schädigung der Partei durch die Panzerkreuzer-affäre ist die notwendige Folge einer von Grund auf falschen Koalitionspolitik, die in einigen Ministerien schon politische Macht und teurerer Macht nimmt auf das Vertrauen der breiten Massen. Deshalb ist jetzt gegen diese Koalitionspolitik der Kampf zu führen mit dem Ziel, der Partei in einer starken Oppositionsstellung wieder ihre Handlungsfreiheit zurückzugeben.

In Uebereinstimmung mit dem Beschluß des Parteiaususses, der die einstimmige Ablehnung des Panzerkreuzerbaues durch die Partei feststellte, erwarten die Landesinstanzen, daß alle zur Verfügung stehenden Mittel gegen den Weiterbau des Kreuzers, insbesondere auch das dem Finanzminister zustehende Vetorecht gegen die zweite Rate, angewandt werden.

Pflicht der Mitglieder und Funktionäre ist, jetzt in dieser entscheidenden Stunde fester zusammenzustehen denn je. Die Landesinstanzen rufen alle Bezirke auf, jetzt und gerade jetzt in die seit langem vorbereitete Werbekampagne für die Partei mit aller Kraft einzutreten. Wer die Partei erobern will, muß ihre Organisationsarbeiten ausbauen.

Ans Werk, Genossen! Noch immer gilt das Wort: Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

zeigen brachte, auch für die Bevölkerung des Kreises demnächst lebenswerter zu machen.“ Es werden dann mehrere Duzend Firmen angegeben, die in der Werbenummer des „Borpommer“ inseriert haben. Am Schluß des Briefes heißt es:

„Landbändler, die zu einer der vorgenannten Firmen Beziehungen haben, wollen für Aufklärung derselben sorgen, daß Inserieren im „Borpommer“ Kampf gegen die Landwirtschaft bedeutet.“

Das Schreiben ist unterzeichnet von einem Freiherrn von Malsbahn-Schlossow, einem eifrigen Mitglied der Deutschnationalen Partei. Gewiß, seine Methode, die Landwirte zum Boykott der Inserenten sozialdemokratischer Zeitungen aufzufordern, ist nicht neu; sie ist dem Landbund bereits zur Tradition geworden. Aber daß ein Landbändler und dazu noch ein ausgesprochener Deutschnationaler sich zum Schlichter der kleinen Landwirte aufstellt, ist doch ein starkes Stück. Was hat die Deutschnationale Partei, was hat der Reichslandbund in den letzten Jahren für die mittleren und kleineren Landwirte getan? Sie haben die großen gesund werden lassen und die kleinen ruiniert! Die Sozialdemokratie hat diese Politik entschieden bekämpft und sich für die mittleren und kleinen Landwirte mit Erfolg eingesetzt.

Der Hafen von Straßburg brennt!

Mannheim, 19. September (Radio)

Am Dienstag abend brach kurz nach 9½ Uhr im Straßburger Hafengelände an der südlichen Stadtperipherie ein gewaltiges Großfeuer aus, durch das das ganze Hafengelände gefährdet wurde. Der Brand entstand in einem großen Lagergebäude, das mit Petroleum Baumwolle, Zucker, Holz, Kohle und zahlreichen anderen Vorräten dicht angefüllt war. Das Gebäude ist bis auf den Grund niedergebrannt. Die Garnison und die gesamte Feuerwehr beteiligte sich an den Löscharbeiten.

Die Wahlen in Schweden

Vorläufiges Ergebnis / Die Sozialdemokratie noch einmal zurückgedrängt

In Schweden fanden am 16. und 18. September bis auf Stockholm die Wahlen zur zweiten Kammer statt. In der Landeshauptstadt wird erst am 21. v. M. gewählt. Das dortige Ergebnis dürfte aber an dem Gesamtergebnis kaum noch etwas ändern, so daß die zu verzeichnende Stärkung der Rechten und ein nicht unbedeutender Rückgang der Sozialdemokratie als gegebene Tatsache betrachtet werden muß.

Die drei letzten Wahlen zur zweiten Kammer hatten folgendes Ergebnis:

	1921	1924	1926
Konservative	62	65	67
Bauernbund	21	28	26
Liberalen	—	4	3
Volkspartei	41	29	27
Sozialdemokraten	99	105	88
Kommunisten	7	4	6
	230	230	212

Die Tabelle ergibt nach dem vorläufigen Resultat ohne Stockholm einen Rückgang der sozialdemokratischen Mandate von 108 auf 83. Von den 18 in der schwedischen Hauptstadt zu wählenden Abgeordneten werden voraussichtlich noch 8 auf die Sozialdemokratie entfallen, so daß ein Gesamtverlust von 14 sozialistischen Mandaten zu verzeichnen wäre, während die Mandatsziffer der Kommunisten sich einschließlich Stockholm von 4 auf 7 steigern dürfte. Die Konservativen werden voraussichtlich statt bisher 65 insgesamt 76 Mandate erhalten. Der verhältnismäßig starke Rückgang der sozialistischen Mandate ist trotz einer Steigerung der Stimmziffern von 851 543 im Jahre 1924 auf 781 348 bei den diesjährigen Wahlen zu verzeichnen.

Die starke Steigerung der bürgerlichen Stimmen ist zweifellos auf die von der bürgerlichen Presse wochenlang gepredigte „Sozialistische Gefahr“ zurückzuführen. Eine ganze Anzahl an sich unbedeutender Vorfälle, wie die Verhaftung sowjetischer Presse- und Handelsvertreter in Stockholm, die Marinemänner der Sowjetflotte in schwedischen Gewässern und ähnliche Vorkommnisse wurden von dem Bürgerum stimmungsgemäß gegen die „kommunistenfreundliche“ Sozialdemokratie ausgebeutet. Auch ein von dem bisherigen volksparteilichen Minderheitsabteil Edmann auf sozialistische Initiative hin eingebrachtes Gesetz, das jedes Erbrecht auf Verwandte zweiten Grades nur noch in aufsteigender Linie, also nicht für Vettern und Basen gelten läßt, dürfte die bäuerliche Bevölkerung nach rechts getrieben haben.

Schweden ist also vorläufig von der erwarteten sozialistischen Mehrheit „verschont“ geblieben. Wahrscheinlich wird ein bürgerliches Minderheitskabinett auch weiterhin die Geschicke des Landes im Interesse der vorübergehend ausgeprägten Spielbürger leiten.

Eisenbahnerstreik in Südfrankreich

Zunächst für 24 Stunden

Paris, 19. September (Radio)

Die Eisenbahner der französischen Eisenbahngesellschaft Provence sind heute um Mitternacht in einen 24stündigen Proteststreik getreten. Seit 14 Monaten führen die Gewerkschaften einen vergeblichen Lohnkampf gegen diese Eisenbahngesellschaft, ohne, trotz mehrfacher Zusagen und Verträge, ein Resultat erreicht zu haben. Die Streikenden fordern eine sofortige Auszahlung einer Sonderbeihilfe von 500 Franken (80 M.), ferner die Gewährung der versprochenen Lohnerhöhung mit Wirkung vom 1. Juli. Sollte diese Forderung abermals abgelehnt werden, dann soll am 1. Oktober der Streik verlängert werden. Die Eisenbahngesellschaft hat, um den internationalen Verkehr an der französischen Riviera wenigstens einigermaßen aufrecht zu erhalten, für heute zwei von Ingenieuren geleitete Sonderzüge eingerichtet. Die Post versteht ihren Dienst mit Automobilen.

Belgien

Flamenfrage und Regierungstreue

Brüssel, 18. September (Fig. Ber.)

In Belgien weht wieder Krisenluft. Die christlichen Demokraten fordern jetzt für ihre Zustimmung zu dem Wehrgesetz den versprochenen Lohn in der Form einer Amnestie für die wegen politischer Kriegsverbrechen verurteilten flämischen Aktivisten. Vorläufig stehen sie bei dem Ministerpräsidenten und insbesondere bei ihren liberalen Verbündeten auf taube Ohren. Die Regierung erklärt die Amnestieforderung des flämischen Demokratenführers van Cauwelaert für vollkommen unannehmbar. Die von ihnen gemachten Gegenvorschläge werden jedoch von den Flamen als vollkommen unzulänglich bezeichnet. Der Konflikt ist durchaus ernstlicher Natur. Falls es zu einer Regierungskrise und damit zu einer Auflösung des Parlaments kommen sollte, würde das Wehrgesetz vorläufig ins Wasser fallen, da es im Senat noch nicht behandelt worden ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bereits Mittwoch die Krise akut wird.



Der französische Kriegsminister (in Zivil)

in Begleitung hoher französischer und englischer Offiziere bei den Luftmanövern in der Gegend von Belfort

Schuhbund und Heimwehr

Rundgebung zum Arbeitertag in Wiener Neustadt

Wien, 18. September (Fig. Drahtber.)

Die Bundesleitung des Republikanischen Schuhbundes beschloß am Dienstag eine Resolution, in der zunächst festgestellt wird, daß der Arbeitertag in Wiener Neustadt am 7. Oktober eine Veranstaltung der gesamten politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen dieses Stadteils ist und der Schuhbund lediglich die Aufgabe übernommen hat, diese Rundgebung zu schützen.

Wörtlich heißt es in der Entschließung weiter: „Der Schuhbund stellt fest, daß er bisher niemals selbst einen Aufmarsch in agrarischen Gebieten oder in solchen Gebieten veranstaltet hat, die in ihrer großen Mehrheit den Sozialisten ablehnend gegenüber stehen. Er stellt ferner fest, daß die Heimwehren seit Monaten gerade die industriellen Orte zu ihren Aufmärschen aussuchen und zwar mit der Absicht, die Arbeiterschaft herauszufordern. Trotzdem wurden die vielen Aufmärsche der Heimwehren niemals gestört. Erst als die Heimwehrführer den Aufmarsch in Wiener Neustadt mit der Drohung ankündigten, daß sie gegen die freigewählte Volksovertretung Brachialgewalt anzuwenden entschlossen sind und als sie von einem Nazi nach Wien reboten, dessen Auftakt die Wiener Neustädter Veranstaltung sein soll, erst dann wurde von den Arbeiterorganisationen der Arbeitertag nach Wiener Neustadt einberufen, den zu schützen Aufgabe des Republikanischen Schuhbundes ist. Der Republikanische Schuhbund erklärt, daß er stets auf dem Boden der Demokratie stand, niemals das Versammlungsrecht Anderer antastete oder geschmälert hat. Er ist aber ebenjowenig gesonnen, Arbeiterorganisationen den Angriffen faschistischer Banden aussetzen zu lassen und wird daher am 7. Oktober alle umfassenden Vorbereitungen treffen, um Leben und Freiheit der Arbeiter vor den Faschisten zu schützen.“

Immer wieder Ritualmordmärchen

Der Fluch pfälzischen Aberglaubens

Belgrad, 17. September

In der Wojwodiner Gemeinde Petrovofelo kam es in diesen Tagen zu antisemitischen Ausschreitungen, weil ein bei einem jüdischen Kaufmann bedienstetes Mädchen plötzlich verschwunden war. Es verbreitete sich das Gerücht, es handle sich um einen Ritualmord. Das Blut des Mädchens sei bei dem Bau eines jüdischen Gebäudes verwendet worden. Die Einwohner zettelten sich zusammen und bedrohten die jüdischen Bürger mit dem Tode. Die Polizei griff ein, konnte aber nur mit Mühe die Ordnung herstellen. Vierzig Personen wurden verhaftet. Drei Tage später wurde das Mädchen, irgendwo vagabondierend, angegriffen, durch die Polizei aufgegriffen und in das Dorf zurückgebracht. Da trotzdem die antisemitischen Ausschreitungen andauerten, mußte der Belagerungszustand über das Dorf verhängt werden.

Der Elefant im Porzellanladen der „bayrischen Belange“

München rauft sich die Haare über Herrn Ungner

München, 15. September (Fig. Drahtber.)

Infolge der ungewöhnlich dreisten Provokation des deutschen nationalen Präsidenten des bayrischen Oberlandesgerichts Ungner auf dem Deutschen Juristentag in Salzburg hat es im Porzellanladen des weißblauen Federalismus erhebliche Scherben gegeben. Das maßgebende Regierungsorgan des Bayerischen Volkspartei, der „Bayerische Kurier“ ist über die Redewendungen des obersten bayrischen Richterbeamten sehr erbost und erklärt, daß dadurch die taktische Stellung der Anhänger der Verrechtlichung außerordentlich stark geworden sei. Der politische Vorstoß Ungners habe den Blid des Deutschen Juristentages und der gesamten Öffentlichkeit auf die Frage gelenkt, ob denn nicht auch gegen die bayrische Justizverwaltung der Vorwurf der Politisierung erhoben werden könne. Diese Frage sei für Bayern und die föderalistische Sache nicht etwa deshalb so mißlich, weil dadurch Erinnerungen heraufbeschworen werden, die für die bayrische Justizverwaltung peinlich seien. Das überaus Schädliche liege vielmehr darin, daß der bayrische Korreferent den Eindruck erwecke, als ob die Anhänger der föderalistischen Sache, als deren Vertreter er auftrat, die Fehler nur im fremden Lager sehen und die im eigenen Lager begangenen Mißgriffe billigen und rechtfertigen.

In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß das bayrische oberste Landesgericht unter Ungner im Jahre 1922 jene berüchtigte Verordnung gegen die Reichsverordnung zum Schutze der Republik für rechtsgültig erklärte. Diese Zweckentscheidung war der Urquell für alle die mißlichen Eingriffe in die Rechtspflege und für die offenen Verfassungsbrüche in Bayern seit 1922. Voller Erbitterung versucht der „Bayerische Kurier“ die Verantwortung für die bayrische Justizschande von seiner Partei abzuwälzen, indem er erklärt, daß die bayrische Justizverwaltung in ihrer Gesamtheit seit langem ein Monopopol der Deutschnationalen sei. Es ist unter diesen Umständen damit zu rechnen, daß die bayrische Provokation in Salzburg in der bayrischen Innenpolitik noch eine besondere Rolle spielen wird.

Inseraten-Boykott gegen unsere Presse

Es nützt ihnen doch nichts

Der Landbund in Demmin hat seine Sorgen! Er hat dieser Tage an seine Mitglieder ein Rundschreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Die Sozialdemokratische Partei plant jetzt im verstärkten Maße, ihr Organ, den „Borpommer“ im Kreise Demmin auf das Land zu bringen. Es ist ein Geschäftshaus in Demmin eingerichtet, gleichzeitig wird mit aller Kraft versucht, die Inserate aus Demmin und dem Demminer Kreise zu vermehren, um dadurch den „Borpommer“, der bisher im wesentlichen nur neoworpommerische, insbesondere Straßunder An-

Blutgericht in Italien

Das Wüten der faschistischen Sondergerichte / 60 Jahre Zuchthaus für die Angehörigen eines gelynchten Knaben

Vor dem Sondergerichtshof in Rom ist kürzlich ein Prozeß zu Ende gegangen, dessen Vorgeschichte und Ausgang von so raffiniertester Grausamkeit ist, daß er trotz der lässlichen Zuchthausurteile, die die faschistische Justiz wegen harmloser Worte, ja wegen des bloßen Verdachtes antifaschistischer Gesinnung verhängt, geforderte Beachtung verdient.

Das Attentat von Bologna und die Abschachtung eines Fünfzehnjährigen

Am 31. Oktober 1926 wurde in Bologna ein Schuß auf das Automobil Mussolinis abgefeuert. Der Schuß ging fehl, Mussolini blieb völlig unversehrt. Aber die rasende Menge, die dem Ministerpräsidenten Spalier gestanden hatte, stürzte sich auf einen ganz jungen Menschen, von dem sie annahm, daß er den Schuß abgefeuert habe.

und zerfleischte ihn buchstäblich. Mit vierzehn tiefen Dolchstichen und gefährlichen Würgemerkmalen am Hals wurde er den Besten, die auch seine Leiche noch schänden wollten, entzissen.

In der Leichenkammer erkannte spät nachts der Buchdruckermeister Mammolo Zamboni, der über das lange Ausbleiben seines Kindes besorgt gewesen war, in dem gräßlich Verklümmelten seinen 15jährigen Sohn Anteo.

Ob Anteo Zamboni den Revolveranschlag von Bologna auf Mussolini abgefeuert hat oder nicht, wird wohl kaum jemals einwandfrei festgestellt werden können. Wahrscheinlich ist es nicht. Denn Anteo und seine beiden älteren Brüder waren selbst faschistisch organisiert, und vor allem ist einem halben Kinde wohl nicht die ungeheure feilsche Energie zuzutrauen, die dazu gehört, inmitten einer begeisterten Menge ein Attentat auf deren vergötterten Heiden zu verüben. Aber wie dem auch sei, die entsetzliche Lynchjustiz an dem fünfzehnjährigen Knaben bleibt in jedem Fall eine namenlose Bestialität, die die Ehre des italienischen Volkes schändet und nur durch die Verwilderung, die der Faschismus über Italien gebracht hat, möglich geworden ist. Sie ist um so unfassbarer, als Mussolini selbst ja nicht das mindeste geschehen ist! Sie wird um so entsetzlicher, als ihr aller Wahrscheinlichkeit nach ein völlig Unschuldiger zum Opfer gefallen ist!

Aber damit, daß die Familie Zamboni ihr Kind zerfleischt aus den Händen der Schwarzhenden empfing, war das Maß ihrer Leiden noch lange nicht erschöpft. Der faschistische Rachegeist brauchte eine Verschwörung gegen das Leben Mussolinis, denn an einem Opfer fand er nicht Genüge, und so mußte die Polizei Mischuldige suchen. Da fügte es sich nun gut, daß der Vater des ermordeten Knaben und ebenso dessen Tante, Virginia Taborini, in der früheren Zeit, als das noch nicht verboten gewesen war, der anarchistischen Partei angehört hatten, und als man nun ihr Haus durchsuchte, da fanden sich noch von früher her viele Bücher und Schriften der Anarchisten. Was brauchte man mehr?

Der faschistischen Polizei war sofort alles klar. Vater und Tante hatten den Fünfzehnjährigen zu dem Attentat angestiftet. Sie wurden verhaftet und angeklagt.

Aber man brauchte noch einen dritten, einen jungen Menschen. Und wer wäre für diese Rolle besser geeignet, als Anteos 18jähriger Bruder Ludovico? Auch so ein Zamboni, auch so ein Anarchistenbald, wenngleich er selbst zu den Faschisten Hülbergemechelt war. Ludovico freilich beteuerte, daß er unmöglich bei dem Attentat dabei gewesen sein konnte, denn als es geschah, war er im Zuge von Mailand nach Bologna gefahren und erst am späten Abend, viele Stunden nach dem Attentat, in Bologna angekommen.

Aber das half ihm nichts, auch er wurde eingesperrt, auch er wurde angeklagt.

Der Schandprozeß vor dem Ausnahmegericht

Und nun nach nahezu zweijähriger Untersuchung hat der Prozeß gegen die drei „Mischuldigen am Attentat von Bologna“

vor dem Ausnahmegericht „zum Schutze des Staates“ in Rom stattgefunden.

Was hat die überlange Untersuchung an Beweisen für diese „Mischuld“ zutage gefördert? Gegen den Vater und die Tante: daß ihnen wegen ihres schlechten Rufes und ihres unmoralischen Vorlebens die Anstiftung zu solch einem Verbrechen wohl zuzutrauen sei — ihr schlechter Ruf und ihr unmoralisches Vorleben bestand in nichts anderem, als in ihrer anarchistischen Vergangenheit!

Dann wurde dem Vater noch angeklagt, daß er am Abend des Schreckenstages an seinem dritten Sohn, Assante, der in Mailand wohnte, ein Telegramm geschickt habe mit den Worten: „Alles gut.“ Er erklärte das zwanglos damit, daß er den Sohn beruhigen wollte. Daß ein Verschwörer nach einem mißlungenen Attentat nicht „Alles gut“ telegraphieren würde, hätten sich selbst die faschistischen Richter denken können.

Der Tante wurde auch zum Vorwurf gemacht, daß sie nach dem Bekanntwerden des Attentats einen Revolver, der sich im Hause befand, im Garten versteckt hatte. Sie gab zu; sie hatte sich davor gefürchtet, daß in den Stunden der Erregung nach dem Attentat eine Waffe im Hause gefunden werden könnte. Nur allzu begreiflich, wenn man das blinde Wüten der Faschisten nach dem Attentat bedenkt!

Gegen Ludovico wurde vorgebracht, daß er und seine Brüder sich zu Hause mit einer Luftdruckpistole im Scheitenschießen geübt haben. Er konnte das nicht leugnen. Aber das Scheitenschießen ist in Italien ein ganz allgemeiner Sport. Im übrigen konnte er kündenlos nachweisen, daß er zur Zeit des Attentats noch nicht in Bologna war.

Die Unschuld des kleinen Anteo

Wenn der dreiköpfige Prozeß überhaupt irgendein Ergebnis hatte, so war es das, daß der unglückliche Anteo Zamboni nicht der Attentäter war. Man erfährt jetzt, daß

Mussolini selbst nach dem Attentat erklärt hatte, daß ein Versuch mittlerer Größe in heller Kleidung, der neben dem Auto gestanden hatte, auf ihn geschossen habe, aber nicht Anteo selbst.

Von den Augenzeugen des Attentats, die in dem Prozeß vernommen wurden, erklärten freilich einige, daß sie in dem gelynchten Knaben den Schießenden wiedererkannt hätten. Tatsächlich aber sind die Angaben dieser „Erkenntniszeugen“ selbst über die Kleidung des Ermordeten so widerspruchsvoll wie nur möglich: die einen behaupten, daß er einen braunen Anzug getragen habe, die andern wollen ihn im Schwarzhemd gesehen haben usw.

Zweimal dreißig Jahre Zuchthaus!

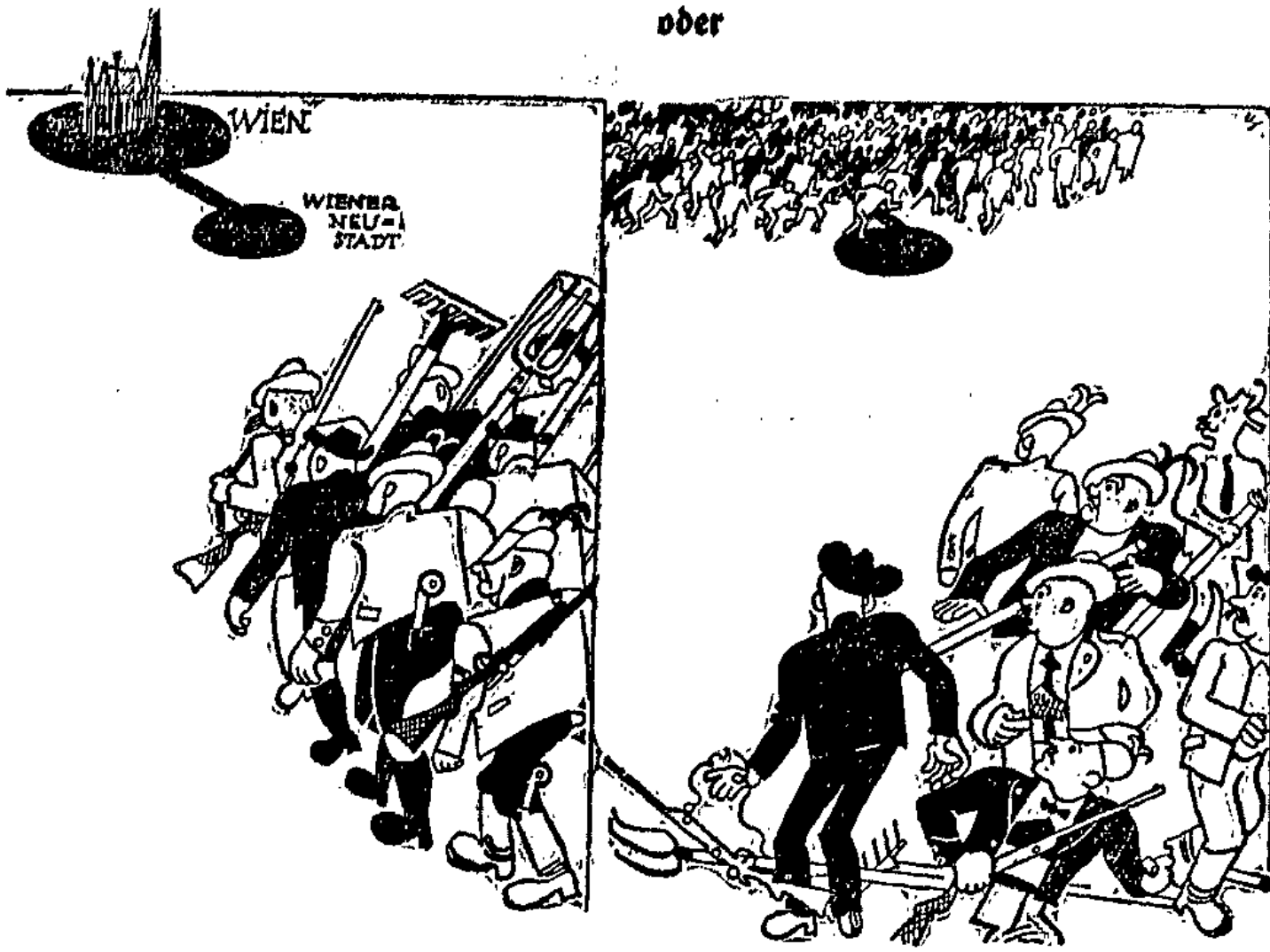
Aber verzeihen wir nicht. Nicht die Tragödie des gelynchten Knaben hatte diese Prozeß zum Gegenstand, sondern die Rache seiner Mörder an seinen nächsten Angehörigen. Unbekümmert um die Ergebnisse des Beweisverfahrens ließ der Staatsanwalt diesen hehren Zweck nicht aus den Augen:

Und er beantragte für den Vater Zamboni und dessen Schwägerin Virginia Tabaroni je dreißig Jahre, für Ludovico Zamboni aber — wohl um dem Umstand Rechnung zu tragen, daß dessen Alibi vollständig gelungen war — „nur“ 20 Jahre, 7 Monate und 20 Tage Zuchthaus.

Der Gerichtshof sprach freilich Ludovico frei, sei es, weil sein Alibi nicht zu verfechten war, sei es, weil er als Mitglied einer faschistischen Jugendorganisation doch einigen Anspruch auf Schonung hatte, der greise Mammolo Zamboni aber und Virginia Tabaroni wurden wirklich und wahrhaftig zu der entsetzlichen Strafe von je dreißig Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Zuchthaus können sie nun solange, bis sie ein barmherziger Tod ertötet, darüber nachsinnen, wie das zugeht, daß ihnen ihr kleiner Anteo von grausamen Bestien zerfleischt wurde und daß zur Sühne dafür nun sie selbst im Zuchthaus verkaufen müssen. . . (Entnommen dem „Kleinen Blatt“, Wien.)

Heimwehren-Strategie

oder



Jesus und Judas

Ein Roman aus dem Jahre 1888 von Felix Hollaender

59. Fortsetzung Nachdruck verboten

„Ach, verstellen Sie sich doch nicht.“ Und in seiner deutlich offenen Art: „Sie müssen's doch am besten wissen, Sie sind ja selber Liebespaare,“ und wie der Blitz flog er von dannen. Nach dem Essen — kein Lauscher regte sich im Garten — nichten sie, Brust an Brust gelehnt, ein.

Auf dem Tische standen noch die erst halbgelesenen Gläser der Mädchen und die lässlichen Reste des Mittagmahles.

Fritz Adam kam mit seiner Schwester herangeschlichen.

Und als er die Zweige zweier zusammengewachsener Sträucher auseinanderbog, glitt ein triumphierendes Lächeln über sein Gesicht.

„Hoh Blitz, Trudel schau, und das wollen keine Liebespaare sein.“

Das Trudel hatte die Hände gefaltet und stimmte mit feierlicher Stimme ihm zu.

„Wollen wir sie weden,“ fragte er pfiffig.

Die Trude wurde ängstlich.

„Ne, Fritz, komm, woll'n lieber Reifen spielen, laß doch die alten Liebespaare.“

Und sie zog den Widerstrebenden mit sich fort, und die Reifen schwirrten in der Luft und die Kinder tollten und saugten vor Vergnügen.

Carl Trud erwachte zuerst.

Ihm steckte etwas in der Kehle, leise räusperte er sich, dann gähnte er und wagte es nicht, sich zu regen, aus Furcht, er könnte die Lene weden.

Nun sah er ihr fortwährend in das Gesicht, legte ihr die Waden zurecht und fuhr weiter über ihre Wangen.

Doch wie er sich hinunterbeugte, um seine Lust zu stillen, da überließ es ihn eiskalt, und gleichzeitig hatte er die Empfindung, als ob einer mit scharfer Dolchspitze ihm die Brust geschliff.

Er geriet beinahe in Wut. Aber der Anblick der Schlafenden lächelte ihn, und er streichelte sie wieder und wieder. Dann machte es ihm Spaß, ihr Luft zuzublasen, so daß ihre Haare flatterten.

Dann wieder reizte es ihn, leise ihre Unterlippe zu bewegen. Dabei hatte er geradezu ein Widelin im Munde.

Jetzt hülste er mit seinem Munde über den ihren, ohne sie eigentlich zu küssen.

„Wie,“ dachte er, indem er unbewußt in siedende Erregung geriet, „mag jetzt ihr wohl zumute sein,“ und vertäumten Blickes sah er auf die Schlafende.

Und plötzlich versuchte er, während ihm das Auge in heißem Glanze brannte, seinen kleinen Finger zwischen die Zahnreihen zu schieben.

Sie stieß einen schwachen Schrei aus, schlug die Augen auf und sah ihn groß an.

Er senkte seinen Blick.

Sie aber zog seinen Kopf zu sich hinunter und drückte ihn an sich.

Und da, in diesem Augenblicke, ohne Plan, ohne Absicht, zwängte er seine Zunge in ihren Mund. Und nun hatte er ein so sonderbares Gefühl, wie noch nie in seinem Leben, als müßte er auf der Stelle zerpringen.

Aber auch die Lene durchdriffeste es.

„Du — Du — Du — Du — Lene — ich — ach . . .“

Sie vermochte nicht, ihm zu Hilfe zu kommen.

Da nahm er ihren Kopf zwischen seine beiden Hände und sah sie trunken an. Sie glühte.

Er ließ die Arme schlaff sinken, beide wandten wie mit einem Schlag das Auge abwärts.

Hölle und das Gustel erwachten.

„Guten Morgen, Kinder, war das aber schön,“ und das zierliche Büppchen dehnte, streckte und reckte sich, indem es seine Arme schnurgerade in die Höhe hob und dann langsam einen Kreis beschrieb.

„Wißst' haben, Gustel, und Dir die Müdigkeit mit Spreewasser aus den Gliedern treiben?“ fragte scherzend Hölle.

„Dös nit, Wilhelm. Aber was ich mecht, was ich mecht —“ und sie richtete ihre verlangenden Blicke nach einer bestimmten Stelle des Gartens.

„Ja, so sag's doch,“ ermutigte er.

„Tanzen mecht' ich, Wilhelm — tanzen,“ sagte sie erregt.

Sie lenkten ihre Schritte zum Tanzsaal.

Ein länglicher Raum, dessen Decke von schrägen, hölzernen Stützbalken getragen wurde, sahle, weißgetünchte Wände, an denen eine Reihe von Holzgeordnungen hingen.

Ein alter Flügel und ein neuopoliertes Piano, die sich gegenüberstanden, machten sich selbst in diesem Raume aus, der früher anderen Zwecken gedient — etwa ein Treibhaus gewesen sein mochte.

„Ohne Musik zu tanzen, ist Unsinn, überhaupt Du mit Deinem ewigen Tanzen,“ schalt Hölle.

Sie spielte ihn bitterböse seitwärts an.

„Ich brauch' keine Musik, die mach' i selber,“ antwortete sie trotzig; dann schritt sie resolut auf Carl Trud zu.

„Woll'n's, wann's die Venerl erlaubt, 'nen Tanz mit mir wagen?“

„Ich tanz nicht.“

Sie glaubte vor Bewunderung auf den Boden zu sinken.

„Sie tanzen nicht?“ fragte sie gedehnt. „Dös kann i nit glauben. Ja, warum tanzen's denn eigentlich nit — oder — bin i Ihnen nit scheen g'nug?“

„Tanzen ist unsittlich!“ fuhr es ihm grob heraus. „Tanzen ist sinnlich — gemein,“ sagte ich. „Hören Sie — gemein!“

„Gemein? — Tanzen — gemein?“

Sie schüttelte verwundert den Kopf.

„Ach, Sie wollen mir ußen,“ sagte sie auf einmal und lachte laut auf.

„Das fällt mir nicht im Traume ein. Das ist ja auch ganz klar — oder glauben Sie etwa,“ fuhr er höhniisch fort und sah dabei fortwährend die Lene an, die Hölle auf alle nur denkbare Weise abzulenken suchte — „daß es anständig ist, wenn jeder Hinz und Jeter Sie an die Brust drückt. Ihre Taille frech umfaßt und nur auf den Moment lauert, wo Ihre Beine seine Schenkel streifen? Soll ich Ihnen das einmal vormachen,“ — sagte er ingrimig — „kommen Sie doch näher, ja, warum tun Sie jetzt auf einmal so zimperlich,“ stieß er gereizt aus, als er merkte, wie das Gustel einige Schritte zurückwich und mit unvorhoffener Angst nach ihrem Wilhelm schaute. „Wird denn die Geschichte durch meine Erklärung anders? — Reden Sie doch!“

„Aber Carl!“

„Laß mich in Ruhe,“ herrschte er sie an. „Ich mag Dich nicht. Du bist mir zu träneneuch — Dein ewiges Wimmern ist mir geradezu entsetzlich.“

Sie schickte es hinunter und schnellte jählings zur Seite.

„Wenn zwei tanzen,“ wandte er sich wieder an das Gustel und fixierte sie scharf, „dann denken sie immer an etwas ganz Bestimmtes. Ist das wahr oder nicht, Fräulein Gustel?“

„Wut, Herr Trud!“

„Und wenn sie nicht an etwas denken,“ fuhr er trotz ihres Einwurfs zynisch fort, „weil sie in ihrer Lust zum Denken eben keine Zeit haben — dann, dann fühlen sie etwas Bestimmtes, etwas ganz Bestimmtes, Fräulein Gustel . . .“

„Ach Gott,“ warf sie verwirrt ein.

„Dummheit, Gott ist unschuldig daran. Haben Sie einmal,“ höhnte er weiter, „bloß Männer tanzen sehen? Nein, das haben Sie nicht; und wenn Sie bei Frauenzimmern das gefunden haben, so ist ihnen das nur halbes Vergnügen — oder —“ raunte er und schloß eine Weile die Augen — „diese Dinnen betrügen sich gegenseitig. Sie tanzen miteinander, stellen sich eine jede mit ihrer Einbildungskraft vor, daß sie den im Arme halten, von dessen Schenkel und Gliedmaßen sie Tag und Nacht — und Nacht und Tag träumen.“

(Fortsetzung folgt)

Wir haben uns entschlossen, ab heute jedem Kunden beim Einkauf von **Brot** als Ver- gütung für den Weg nach unsern Verkaufsstellen einen **Extra-Rabatt von 5%**

in Form von Rabattmarken, wie wir sie bereits vor dem
Kriege führten, einzuräumen.

Qualität und Gewicht unserer Brotsorten erleiden hier-
durch selbstverständlich keine Einbuße. — Wir sind durch
Erwerbung der bekannten Kunstwalzenmühle, Hafensstraße 34,
in der Lage, selbst den gesteigertsten Anforderungen in jeder
Beziehung gerecht zu werden, und es wird nach wie vor
unser Bestreben sein, nur allerbestes Rohmaterial bei neu-
zeitlichster Arbeitsmethode zu verwenden.

Wir bieten Ihnen außerordentliche

Vorteile

durch die Wiedereinführung unseres eigenen

Rabattmarken-Sparflytens

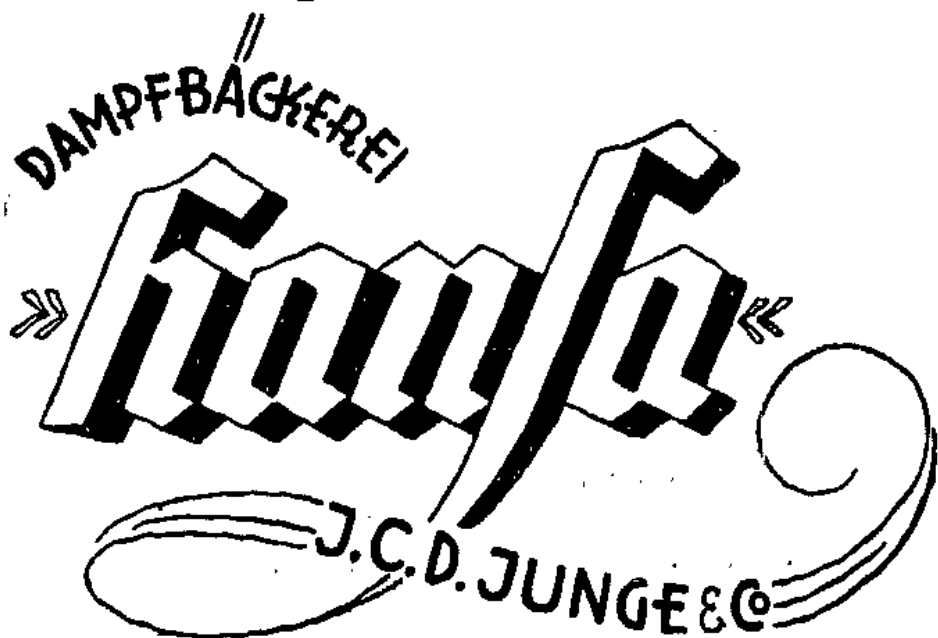
Sie erhalten beim Einkauf eines Brotes zu 50 Pfg. eine
Rabattkarte mit 5 eingeklebten blauen Rabattmarken und bei
weiteren Broteinkäufen die entsprechende Anzahl Marken dazu.
Ist die Karte mit 200 Marken voll beklebt, so wird sie Ihnen mit

1 Reichsmark

in bar von den Kassen und Depositenkassen der
Bank für Handel und Gewerbe, A.-G., Lübeck, Breite Str. 40
Vorschuß-u.Spar-Vereins-Bank, Lübeck, Fleischhauerstr. 17/19
eingelöst.

Sparen Sie! Die Gelegenheit ist da!

Decken Sie Ihren Brotbedarf in den nach-
stehend aufgeführten Verkaufsstellen der



Hauptgeschäft Breite Straße 1-5 Konditorei-Abteilung Hüxstr. 56-58

Verkaufsstellen:

Innere Stadt:	Burgtor:	Adlerstraße 41b
Holstenstraße 24	Lange Reihe 16	Warendorpstraße 34
Königstraße 118	Arnimstraße 27b	Wickedestraße 49
Balauerlohr 29	Werderstraße 38	Greveradenstraße 9
Hüxstraße 120	Kottwitzstraße 30	Mühlentor:
Fleischhauerstraße 24	Marlstraße 56	Kronsforder Allee 19
Johannisstraße 7	Hafensstraße 18	Kronsforder Allee 26
Wakenitzmauer 2	Hüxterlor:	Kronsforder Allee 94a
Wakenitzmauer 166	Percevalstraße 22	Kahlhorststraße 6
Engelswisch 37	Wakenitzstraße 23	Siedl. Dornbreite:
Engelsgrube 70	Attendorfstraße 31	Auf der Reihe 10
Fischergrube 64	Bismarckstraße 22	Israelsdorf:
Beckergrube 31	Holstentor:	Gothmuuder Weg 1
Fünfhausen 6	Moisinger Allee 6c	Schiutop:
Langer Lohberg 23	Moisinger Allee 57a	Lübecker Straße 17a
Dankwartsgrube 48	Hansastraße 90	Travemünde:
Marlesgrube 29	Meierstr. (Ecke Karpfenstr.)	Kurgartensr. 94 (Ecke Rose)
Parade 2	Steinrader Weg 57	Bad Schwartau:
Mühlenstraße 64	Fackenburger Allee 54	Lübecker Straße 54
	Fackenburger Allee 90	

Zu sofort ein junges
Morgenmädchen gel.
Helm, Holsten- u. Wochter
Fackenburger Allee 62

Sportwagen mit Verbed,
Klein, Teppich u. Kuppen-
wagen zu tauf gel. 8000
Aling um L. 737 an d. E.

Sprechstundenänderung
Dr. Henny Wodrig
prakt. Arztin,
Breite Straße 46, I.

Sprechstunden: 8-10
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend
vormittags 9-10 Uhr.
Nachm. täglich 4-5 Uhr
außer Sonnab. Nachm.

Soeben erschienen:
Etappe Gent
Band II

**Erotik und Spionage
in der Etappe**

Die kleine Jeanne
Der elektrische Draht
Die Liebesgenüsse
des Kronprinzen
Offiziersorgien
u. vieles andere
Preis 3.- RM.

Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Öffentliche Versteigerung

am Freitag, dem 21. September 1928, vor-
mittags 9 Uhr, in der Versteigerungshalle des
Gerichtshauses über:

1 Aredon, Büfette, Bücherschrank, Schreibtische,
1 Sofa, Klaviere, 1 Korbgarnitur, Korbleffel,
1 Klavierschloß, 1 Nähmaschine, Schreibmaschinen,
1 Kisten- und 1 Ladenschrank, 1 Ledentasse, 1 Auf-
wändige, Rauch-, Baden- und andere Tische, 1 Del-
gemälde, 1 Neol, 1 Partie ungestrichene Bett-
stellen, 1 Personen-Kraftwagen, 1 Radioapparat,
Kaffeejessell und Spiegel, Zahnpasta, 1 große
Partie Toilettenseife, circa 100 Pfund Cerealin,
circa 2000 Karnevalstappen, silberne und goldene
Brochen und Kollters, Normal- und Sport-
hemden, Hemdenstoffe, Bettbezüge, Leinen,
Streifen, Siederer, Anzugstoffe, 1 Partie
Damenmäntel, Kleider, Blusen.

erner mittags 1 Uhr auf dem Flugplatz
Blankenlee:
1 Handblotwagen.

Die Gerichtsvollzieher

Vereins- u. Vergälligungs-Anzeigen

ADLERSHORST

Morgen Donnerstag Beginn 8 Uhr
und jeden Sonntag Beginn 6 Uhr der beliebte
Tanzabend
Studenten-Kapelle „Schwan-Soba“
Stimmung! Humor!

Öffentlicher auslandsdeutscher Abend

Freitag, den 21. September,
abends 8 Uhr

Aula der Oberrealschule
zum Dom

Schülerinnenchor — Ansprache des Herrn
Bürgermeisters Löwig — Deklamation
„In der Fremde“ — Klavier v. Herrn
Minister Dr. Boeltz „Bei deutschen
Landsleuten in Südamerika“ — Dekla-
mation — Vortrag des Lübecker Lehrer-
Gesangsvereins

Eintrittskarten zu 50 Pfennig in
der Oberschulbehörde und abends am
Eingang



Arbeit-Abstinenz-Bund Ortsgruppe Lübeck

Am Donnerstag, dem 20. Septbr., abends 8 Uhr
spricht der Genosse Hans Weicker, Weissen-
fels, in der Aula des Johanneums über das
Thema:

„Fort mit den Fesseln des Alkohols“
in einer vom Freien Jugendrat einberu-
fene Versammlung.

Jeder, der die Arbeit am Aufstieg der Mensch-
heit für eine dringende Kulturfrage ansieht,
besuche diesen Vortragsabend.

Ganz besonders weisen wir die Jugendorga-
nisationen auf diese Veranstaltung hin

Der Vorstand
F. A. Bastine

Stadttheater Lübeck

Einladung

zu einem Kammerspiel- und Erstauf-
führungs-Abonnement von
8 Vorstellungen

Kassenspreise RM 1.—, 2.—, 3.—, 4.—
Abonnementspreise für acht Vorstellungen
RM 5.—, 10.—, 15.— und 20.—
Anmeldefrist für die vorjährigen Abonnenten
bis zum 20. September

Prospekte in der Theaterkanzlei erhältlich, wo
auch die Abonnementsanmeldungen zu-
erfolgen haben.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter Filiale Lübeck

Funktionär- Versammlung der Vertrauensleute und Betriebsräte

Freitag, d. 21. Sept.,
abends 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus

Tagesordnung:
Verbandsangelegenheiten.

Vollständiges Erscheinen
erwartet

Die Ortsverwaltung
Zutritt nur gegen Vor-
zeigung des Mitglieds-
buchs.

Achtung! Achtung!

Seelente!

Deutscher Verkehrsbund

Abteilung Sozialisten

Mitglieder- Versammlung

am Donnerstag, d. 20.
Sept., abends 8 1/2 Uhr, im
Restaurant Rubach

(Zuh. H. Lenschow)
Al. Altsjöahre 28.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zum
Feuertarif

2. Verschiedenes.
Mitgliedsbücher sind
vorzuzeigen.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Bezirksabteilung Lübeck

Mitglieder- Versammlung

am Donnerstag, dem
20. September

abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus

Tagesordnung:

1. Vortrag der Kollegin
Anna Zammerz
Hannover: „Die
Frau im gewerb-
lichen Leben“

2. Bericht vom Ortsaus-
schuß

3. Sonstige Verbands-
angelegenheiten

Der Wichtigkeit der
Tagesordnung halber ist
es Pflicht aller unserer
Mitglieder, insbesondere
unserer Kolleginnen, sich
an dieser Versammlung
zu beteiligen

Um regen Besuch bittet
Die Ortsverwaltung

Margaretenburg

Jeden Mittwoch

Sonatränzchen

Hansa-Theater

Direktion: Hübener

Täglich 20 1/4 Uhr:

Gastspiel „Theater des
Westens“, Berlin 1928

Die ungehörte Eva

Operette in 8 Akten
von Martin Knopi

Vorverkauf in den Zi-
garen-Geschäften Buss
und Müller mit 20 %
Ermäßigung bis 6 Uhr
abends An der Theater-
kasse nur volle Preise

Stadttheater Lübeck

Mittwoch, 20. Uhr:
Zur weißen Röhl
(Lustspiel)

Ende 22.15 Uhr
Donnerstag, 19.15 Uhr:
Lohengrin (Oper)

Freitag, 20. Uhr:
Stann-Schicht (Oper)
Hierauf Tänze mit
Orchester

Sonabend, 20. Uhr:
Rosa Sisa (Oper)



Lübecker Schnurren

Wat bedüht dat? As Corl middags vun de Arbeit na Huus geiht, dröpt he sinen Fründ Hein up'n Friedrich-Ebert-Platz, de grad von de Bahn köm. „Na Corl“, segt he, „id wier hüt morgen in Hamborg, is intwischen wat nies hier pastert?“ „Jä“, segt Corl, „id weet nich recht, de Kloden vun St. Marien hebt hüt morgen een Stunn lang speelt, wat mag dat bedüden?“ „Wat hebt se denn speelt“, frögt Hein. „Dah“, segt Corl, „dat gäng immer so egal weg: Nun danket alle Gott!“ „So“, stummleer Hein. „Denn is gewiß'n Senator storben.“

De Nels na Wismar. „Hein“, segt sien Fru, „du künnst eegentlich mal Tante Verta in Wismar besöken un ehr mal fragen, ob wi to'n Harost wedder Kanüßeln vun ehr kriegen lönt.“ „Wakt wie“, segt Hein. „Id sohr Sündag heun; pad mi denn man o'n lütten Köm vör de Nels mit in, un'n poor Sneeben Hodderbrot“. „Hodderbrot künnst du kriegen, aber teenen Köm“, säh de Dösch. „Denn'n küpst du doch all bi Herrsburg ut.“ „Ne“, segt Corl, „ganz gewiß nich! Id gah erst in Station Kleenen bi de Buddel.“ „Schön“, denn mal id bi den Kram tarocht.“ Hein föhrt nu an'n nächsten Sündagmorgen los. De Zug is noch gor nich in Herrsburg insopen, da nöhm Hein sien Paket her un wull ierst mal'n Schlud nehmen, denn he dacht: „de Dösch süht dat ja doch nich, wenn du hier all bi de Buddel gehst.“ He wickel sien Paket nu ut un ward denn bi de Buddel eenen Zettel fin'n, denn de Dösch dorbi legt har, un dorup künn mit grote Bookstaben schreeben: „Du Was, is hier all de Station Kleenen?“

Se het dat kellig. Sün kümmi de Gröppelgrog hoch pust un wull den Kurs über den Geibelplatz nehmen, do röpt Corl em an: „Se Hein! Nisch so ielig. Wüßt wi nich'n Grog tosamem drinken?“ „Id hew gor keen Tied“, segt Hein. „Dah wat, eenen warst woll noch mitnehmen könen.“ Na, toreden helpt ja bekanntlich, un so ward Hein denn of mit em in de nächste Wirtschafft gahn. Se drinkt e einen Grog, so drinkt i wee, se drinkt dree un so wieder... Aber na jeden Grog segt Hein: „So Corl, nu mut id aber lopen, id hew wüßlich keen Tied.“ Schließlich ritt Corl de Gebuldsfaden. As se bi'n achten Grog anlangt wiern, säh he to Hein: „Wat künnst du eegentlich immer los, dat du keen Tied heft, du heft doch momentan keen Arbeit nich!“ „Dat nich“, segt Hein. „An doch hew id dat banig kellig. Bi mi in de Kell is nämlich de Walerbahn abfraten, un id wull man blots den Klempner halen. Intwischen hölt de Dösch ehren Dumen up de Leitung, un nu meen id man, dat id doch woll wiederlopen mütt.“

Gewerbebetriebe und Arbeitnehmer in Lübeck

Die Statistik der Gewerbeaufsichtsbehörden im ganzen deutschen Reich ist in den Jahren 1925 und 1926 neu geregelt worden. Ihre Ergebnisse für die letzten Jahre werden jetzt vom Statistischen Reichsamt über alle von der Gewerbeaufsicht erfaßten Mittelbetriebe mit fünf bis fünfzig Arbeitnehmern und Großbetriebe mit fünfzig und mehr Arbeitnehmern eingehend veröffentlicht. So ist nun für die einzelnen Länder des deutschen Reiches ein Überblick möglich über die Veränderung im Bestand der gewerblichen Mittel- und Großbetriebe und ihrer Arbeit-

nehmerzahl, sowie im Vergleich der Länder untereinander anstelle der über die relative Zunahme des Bestandes an Gewerbebetrieben und ihren Arbeitnehmern.

Im allgemeinen weist gegenüber der im Jahre 1926 in den meisten Gewerbebetrieben festzustellenden Depression das Jahr 1927 günstige Ergebnisse auf. Sie finden ihren Ausdruck in erheblicher Zunahme sowohl der Zahl der Betriebe als auch der Zahl von Arbeitnehmern, während dagegen das Jahr 1928 gegenüber dem Jahre 1925 Rückgang in der Zahl der Betriebe wie der Arbeitnehmer gebracht hatte.

Das besondere Bild für Lübeck während der letzten zwei Jahre ist nun folgendes: an gewerblichen Mittel- und Großbetrieben zählte Lübeck im Jahre 1926 insgesamt 902 Betriebe mit 26 714 Arbeitnehmern, im Jahre 1927 hingegen hatte Lübeck 938 Betriebe mit 30 048 Arbeitnehmern. In absoluter Zahl hat sich somit die Anzahl der Betriebe in Lübeck vom Jahre 1926 bis zum Jahre 1927 um 36 Betriebe vermehrt, die Zahl der beschäftigten Personen hat in dieser Zeitperiode in Lübeck um 4234 Arbeitnehmer zugenommen.

Fassen wir die verhältnismäßige Vermehrung, also in Hundertteilen des Bestandes von 1926, ins Auge, so haben wir für Lübeck im Jahre 1928 eine relative Zunahme der Betriebe um 4,0 vom Hundert, eine solche Zunahme der Arbeitnehmer um 15,8 vom Hundert.

Vergleichen wir nun Lübeck mit den anderen deutschen Ländern. Was zunächst die absoluten Zahlen für die gewerblichen Betriebe und Arbeitnehmer im letzten Jahre 1927 angeht, so steht Lübeck nach Anzahl der Betriebe wie der Arbeitnehmer an vierzehnter Stelle der achtzehn deutschen Länder, während Lübeck nach seiner Bevölkerungszahl den fünfzehnten Platz in der Reihe der Länder einnimmt. Lübeck befindet sich nach Anzahl der Gewerbebetriebe wie der Arbeitnehmer über dem ihm gegenüber bevölkerungsreicheren Lippe

Nach der verhältnismäßigen Vermehrung der Betriebe vom Jahre 1926 bis zum Jahre 1927 treffen wir Lübeck an drittniederster Stelle der deutschen Länder. Es hat die geringste relative Vermehrung der Gewerbebetriebe, dem die zwei Länder, die noch unter Lübeck stehen, weisen eine relative Verminderung der Gewerbebetriebe auf, nämlich Schaumburg-Lippe um 1,5 und Walded um 7,1 vom Hundert Verminderung. Die höchste relative Vermehrung der Betriebe hat Mecklenburg-Strelitz mit 22,9 vom Hundert des Bestandes der Gewerbebetriebe im Jahre 1926 als Vermehrung im Jahre 1927. Von anderen deutschen Ländern seien genannt mit ihrer relativen Vermehrung der Betriebe: Preußen 8,0; Bayern 5,1; Sachsen 9,9; Württemberg 13,2; Baden 21,6; Thüringen 10,7; Seltet 19,3; Hamburg 12,3; Mecklenburg-Schwerin 4,7; Oldenburg 15,9; Braunschweig 9,0; Anhalt 6,7; Bremen 11,8; Lippe 10,2 vom Hundert als Vermehrung.

Hinsichtlich der relativen Zunahme der Arbeitnehmer vom Jahre 1926 bis zum Jahre 1927 finden wir Lübeck, gemeinsam mit Thüringen, am sechshöchsten Platz der deutschen Länder. Stärkere relative Vermehrung der Arbeitnehmer als in Lübeck ist festzustellen in Preußen 17,5; Sachsen 20,7; Württemberg 21,5; Hessen und Mecklenburg-Strelitz je 23,5; Hamburg 17,6 vom Hundert des Arbeitnehmerbestandes vom Jahre 1926 als Vermehrung im Jahre 1927. Erwähnt seien noch die Länder Bayern mit 11,9; Baden mit 7,3; Mecklenburg-Schwerin mit 14,4; Oldenburg mit 8,4; Braunschweig mit 11,3; Anhalt mit 12,5; Bremen

mit 14,0; Lippe mit 14,1; Schaumburg-Lippe mit 9,2 vom Hundert Vermehrung.

Die höchste relative Vermehrung der Arbeitnehmer zeigen Hessen sowie Mecklenburg-Strelitz, dagegen bietet die niedrigste verhältnismäßige Vermehrung der Arbeitnehmer Walded mit 6,0 vom Hundert des Arbeitnehmerbestandes vom Jahre 1926 als Vermehrung im Jahre 1927.

Freies Jugendkartell

Am Donnerstag abend 8 Uhr spricht der ehemalige Pfarrer Gen. Hans Weider, Weissenfels, in der Aula des Johanniums: „Fort mit den Fesseln des Aufstiegs!“ Die gesamte Arbeiterschaft ist herzlich eingeladen. Eintritt frei.

Bisher ergebnislose Suche nach Raubmörder Hopp

Trotzdem alle Fahndungsmöglichkeiten weitgehend in den Dienst der Verfolgung des Raubmörders Hopp gestellt worden sind, blieb die Suche nach dem verschwundenen Verbrecher bis zur Stunde ergebnislos. Man hält es zwar neuerdings in leitenden Kreisen der Hamburger Kriminalpolizei keineswegs für ausgeschlossen, daß sich der flüchtige Mörder nach Berlin gewandt haben könnte. In dessen Liegen für eine solche Annahme greifbare Anhaltspunkte nicht vor, wie denn überhaupt die Kriminalpolizei in bezug auf die von dem Verbrecher eingeschlagene Fluchtrichtung noch völlig im Dunkeln tappt. Demnach wird seitens der Kriminalpolizei die feste Zuversicht ausgesprochen, daß man in absehbarer Zeit des Schwerverbrechers habhaft werden werde. — Die Nachforschungen sind jetzt auch auf Bayern ausgedehnt worden. Hopp ist in den Jahren 1920/21 in zahlreichen bayrischen Städten als „Fürst von Wera“ aufgetreten und hat phantastische Vorträge über seinen „Lebensroman“, seine „Flucht vor der Blutrache“ albanischer Gegner usw. gehalten, bis die Polizei seinem Schwindel ein Ende machte. Da er Bayern recht gut kennt, nimmt man an, daß er sich auf seiner Flucht nach der Ermordung Nordmanns nach München gewandt haben könnte. Sichere Anhaltspunkte für diese Annahme sind allerdings nicht gegeben. Nach anderen Meinungen soll Hopp am Sonntag in Boitzenburg in Mecklenburg gesehen und von Hamburger Kriminalbeamten verfolgt worden sein.

Ceylon in der Ausstellungshalle

Noch einmal sind die fahrenden Leute von Ceylon bei uns eingeführt und haben in den beiden Ausstellungshallen am Holtenort Quartier genommen. Es handelt sich um die gleiche Truppe, die uns vor einem Jahre als Indienschauspiel besuchte und mit manchen Darbietungen berechtigtes Interesse weckte.

Als Ansager fungiert Ernst Albert, der in launigen Worten die Schau erläutert, die sein Tier- und Naturforscherkollege John Hagenbeck nach Deutschland gebracht hat und die einen reichen Einblick in das Leben fremder Völker vermittelt. Unter ohrenbetäubendem Trommeln und „Gejang“ vollführen kleine Trupps allerhand phantastische Tänze, Elefanten zeigen für die hohe Dressurkunst ihrer Herren, Schlangen reden nach den Klängen der Pfeife die Köpfe, und Gaukler betätigen sich als Feuerfresser, Schwerflücker und Akrobaten auf der Bambusstange. Besonderes Staunen weckt der Yogh, der als medizinisches Wunder bezeichnet wird und diesen Namen voll auf verdient. Eine wohl nicht zu überbietende Gelenkigkeit ermüdet nicht dem hageren Akten z. B. den linken Fuß über den Rücken auf die rechte Schulter zu legen, die beiden Füße hinter und über den Kopf zusammenzuschlagen, und mehr als einmal kostet es Mühe, die Verrentungen überhaupt zu erkennen. Ein großer

Jugendweihe 1929

Eltern, die ihre Kinder zur Jugendweihe schicken wollen, werden gebeten, schon jetzt ihre Anmeldung zu vollziehen. Die Jugendweihe wird Ostern 1929 in ähnlicher Weise wie bisher abgehalten werden. Auch in diesem Jahre wird ein vorbereitender Unterricht stattfinden. Der Beginn wird durch die Presse rechtzeitig bekanntgegeben. Anmeldungen nimmt auf den vorgedruckten Formularen die Expedition des „Lübecker Volksboten“ entgegen

Der Vorstand der freireligiösen Gemeinde

Der „Schmutzwirbler“

(Upton Sinclair zum 50. Geburtstag am 20. September)

Von Kurt Offenburg

I.

In keinem Lande der Welt hat der Kapitalismus wildere Formen angenommen als in den U. S. A., und in keinem Werk eines amerikanischen Schriftstellers findet die Auflehnung gegen diese kapitalistische Gesellschaftsform reineren Ausdruck, als im Werk Upton Sinclairs. Er ist der einzige Dichter, der bedingungslos auf sozialistischem Boden steht; der einzige Romancier, der mit der Methode des historischen Materialismus die Weltbeziehungen analysiert.

Sinclair, 1878 in Baltimore geboren, beginnt als bürgerlicher Schriftsteller. Aus einer bigotten, verarmten Familie stammend (von deren Vorfahren er den unbestechlichen Kanatismus geerbt hat) geht er mit dem Ehrgeiz nach New York, ein „Dichter“ zu werden. Er selbst berichtet, daß er sich seit seinem 16. Lebensjahr nur vom Schreiben ernährt hat; es gibt nichts in der Welt, was der arme Skribent nicht versucht, um leben zu können; Todesnachrichten namhafter Bürger hat er für die „Evening Post“ gesammelt; er hat Magazingeschichten, Humoresken, Novellen, Kinderverse geschrieben. Als er Anfang der Zwanzig steht, erbt ihn dieser Betrieb an und er beschließt, „nur noch ernste Dinge zu schreiben“.

Was tat dazumals ein junger Mensch, den „die Verderbtheit der Welt zum Rasen bringt“, zuerst, um das erlösende Werk schaffen zu können? Er geht in die — Einsamkeit. Also flüchtet der zwanzigjährige Upton in die kanadische Wildnis und schreibt in Wein und Trauer, erschüttert und entflammt über die Ungerechtigkeit dieser U. S. A.-Welt, die er erlebt hat, den „großen amerikanischen Roman“. Dann geht er den bekannten Kreuzweg zu den Verlegern. Alle lehnen ab; vielleicht nicht einmal böswillig, denn der Autor selbst sieht ein, daß diese Arbeit noch eine „sehr unreiche Leistung“ darstellt. Inzwischen schlägt er sich, wieder in New York, mit Tagesarbeit durch das brutale Dasein und lernt Wichtigeres dabei als in den kanadischen Wäldern. Dreimal flieht Sinclair aus den Städten und kehrt immer wieder zurück. In „Der Liebe Pilgerfahrt“ ist diese wiederholte Flucht in die Wildnis, der Kampf mit der Umwelt und die Last einer Ehe geschildert. — Wohl ist in den frühen Werken (in „Prinz Hagen“, in Deutschland nur in dramatisierter Fassung bekannt, in „Arthur Stirlings Tagebuch“), die in den Wäldern entstanden, und ebenso in dem folgenden Roman „Sklaveri“ schon Auflehnung gegen die

Ungerechtigkeit der Welt enthalten; aber Sinclair bleibt noch in unfruchtbarer, richtungslosem Suchen.

Erst als er dem Sozialismus nahekommt, als er — im Sinne des historischen Materialismus — die ökonomische Struktur der Gesellschaft begreift, ist ihm der Schlüssel der Erkenntnis gegeben. Die Kräfte ordnen sich vor seinen Augen folgerichtig und zwangsläufig. Er begreift: es kann im hochkapitalistischen Wirtschaftssystem keinen Ausgleich zwischen arm und reich geben, zwischen den Besitzern der Produktionsmittel und den Schaffenden, die nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben. Wildtätige Werke des einzelnen, die christliche Liebe der Religion: sie sind



begrenzt von dem Gesetz, daß das Kapital sich mehren muß auf Kosten des Arbeiters. Alle sozialen Bemühungen können nur Schein sein, denn die wichtigste Ware, aus der der Profit, der Mehrwert, geholt werden muß (die Substanz an sich bleibt sich ewig gleich), ist der Arbeiter und seine Kraft. So erkennt Sinclair jetzt die Grenzen oben und unten. Aus diesem Gesichtsfeld entsteht das erste und berühmteste seiner Werke: „Der Sumpf“.

II.

Dieses Buch — aus eigenem Erlebnis entstanden, denn Sinclair hat monatelang in den Schlachthäusern Chicagos ge-

arbeitet — erfüllt mit seinem anklagenden Schrei die Kontinente. In Amerika geschieht das Möglichste und Unmöglichste, um die kompromittierende Wahrheit stumm zu machen.

Was ist geschehen? In den Riesenbetrieben der Cornedbeeefabriken, die mit ungeheurer Rellame die Anpreisung ihrer Produkte in die Welt schreien, wird dem Käufer aller gesundheitschädliche Abfall der Welt geliefert. — um des Profits willen. Kranke und faules Fleisch wird in schmutzigen Räumen zubereitet, an den Händen sitzen solche Krusten eingetrocknetes Blut und Dreds, daß sie Bruststücken für Bazillen sind. In diesen größten Schlachthäusern der Welt werden die Arbeiter — Frauen, Kinder, Männer — obendrein maßlos ausgebeutet. — Und wie reagieren die Chicagoer Fleischpader — die dollarmillionenschweren Morris, Armours, Swift, um nur die Größten zu nennen — auf dieses „mit Tatfächern beladene Buch“? Sie mobilisieren, nachdem Sinclair die phantastischsten Bestechungssummen abgelehnt hat, die ihr gefügige Presse und es erscheinen Arbeiten von „Fachleuten“, „Sachverständigen“, die zu dem Ergebnis kommen, daß alles ganz anders ist und Herr Sinclair als „Sensationslüst“ den „Sumpf“ erfunden hat. Welcher Art sind nun die „Sachverständigen“? Da gibt es u. a. einen „Gutachter“, der heimlich bezahlter Mittelmann zwischen Fleischpader und Zeitung ist und einen Zweitägigen Bericht für die „Tribune“ verfaßt; da gibt es bei der „Saturday Evening Post“ ein Redaktionsmitglied, das eine Artikelserie wider den „Sumpf“ losläßt, die der Chef des Blattes, der selbst neun Jahre Angestellter der Armours-Schlachtereien war, ohne Bedenken bringt, wie er überhaupt seine Wochenschrift (heute noch die meistgelesene in den U. S. A.) den Fleischpadern bedingungslos zur Verfügung stellt. Dies sind keine Einzelfälle: sie lassen sich beliebig vermehren, sind dokumentarisch niedergelegt in Sinclairs „Sündenlohn“, einer Studie über den Journalismus. Aber zu dieser Zeit weilt in Amerika ein englischer Sachverständiger für Schlachthoffen, und dieser Mann, eine Weltautorität, der für eine führende ärztliche Zeitschrift Englands die Verhältnisse in den Schlachthäusern der Vereinigten Staaten studiert, bestätigt Sinclairs Bericht. Außerdem liegen noch Bestätigungen von „verschwiegenen Staats- und Bundesbehörden“ vor. Von Seiten der Regierung jedoch geschieht — nichts. Erst ein Zufall bringt den Stein ins Rollen. Sinclair bekommt Einblick in das Protokoll der vom Kongreß nach dem spanisch-amerikanischen Krieg durchgeführten Enquete über die Beschaffenheit des von den Chicagoer Fleischpadern gelieferten Büchsenfleisches. Dort war Theodore Roosevelt am Zeugnisausschuss und erklärte: „Ich hätte ebenso gut meinen alten Hut essen können“. Sinclair wendet sich an Roosevelt; der setzt eine geheime Untersuchungskommission ein, aber bevor sie noch in

Umzug der ganzen Gesellschaft mit Elefanten und Zebuegepannen beschließt die Vorkühler.

In der neuen Holzhalle haben die Kunstgewerber ihre Arbeitshalle aufgeschlagen und zeigen ihre Fertigkeit auf den verschiedensten Gebieten: Teppichweben, Sticken, Schneiden, Treiben, Malen, Töpferei usw. Allerhand nette Sachen entstehen unter den kunstfertigen Händen, und hin und wieder findet ein Stück wohl auch einen Käufer. So bietet die Schau als Ganzes genaug den Lehrreichen und Interessanten und fesselt den neuen Besucher wie den, der die charakteristischen Gestalten der Truppe und ihre Tricks als Bekannte begrüßt.

Zur Bewegung auf den Schiffswerften

Der Schiedspruch untragbar

In einer außerordentlich gut besuchten Versammlung nahmen die Lübecker Werftarbeiter zu dem Schiedspruch, der am 15. September unter dem Vorsitz von Dr. Stengel gefällt ist, Stellung.

Einstimmig kam zum Ausdruck, daß ein derartiger Schiedspruch unter keinen Umständen für die Lübecker Werftarbeiter tragbar ist, weil er auch in keiner Weise den Interessen der Werftarbeiter gerecht wird, weder in bezug auf die Arbeitszeit noch in bezug auf die Lohnhöhe. Wenn auch in diesem Schiedspruch festgelegt wird, daß die wöchentliche Arbeitszeit um eine Stunde verkürzt werden soll, so ist auf der anderen Seite diese Verkürzung dadurch wieder ausgeglichen, daß die Lohnzahlung nunmehr außerhalb der Arbeitszeit fallen soll. Die 4 Pfennig Lohnerhöhung, die der Schiedspruch vorseht, sollen für 18 Monate Gültigkeit haben, so daß das Lohnabkommen statt vier früher am 30. September nunmehr erst am 31. Oktober 1929 ablaufen soll. Also zu einer Zeit, wo wahrscheinlich mit einer günstigen Konjunktur auf den Werften kaum zu rechnen sein wird. Alle übrigen Verbesserungsvorschläge in bezug auf den Rahmenvertrag sind in keiner Weise von dem Schlichter berücksichtigt worden, so daß auch schon aus diesem Grunde der Schiedspruch abgelehnt werden mußte.

Allgemein wurde auch bedauert, daß der Holzarbeiterverband ein Sondervorgehen beabsichtige. Die Versammlung war der Ansicht, daß der Kampf auf den Werften in einheitlicher Front geführt werden mußte, und daß das Sondervorgehen einzelner Organisationsformen notwendigerweise zur Zerstörung der Einheitsfront beiträgt.

Bedauert wurde ferner noch, daß die Lübecker Werftarbeiter keine Gelegenheit hatten, ihre Wünsche vorher der Verhandlungskommission zu unterbreiten und daß die Verhandlungskommission es nicht für nötig hielt, den Lübecker Werftarbeitern, die restlos organisiert sind, einen Bericht zu erstatten, trotzdem die Aufforderung hierzu rechtzeitig an die Bezirksleitung ergangen sei.

Es wurde erwartet, daß sich derartige Dinge in Zukunft nicht wiederholen.

Einstimmig bekräftigte die Versammlung ihren Willen dahin, daß sie ihrer Erwartung Ausdruck gäbe, daß die Zentralwerftkommission alles tun werde, um diese Bewegung zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Die Lübecker Werftarbeiter seien gewillt, den Kampf um die Verbesserung ihrer Lage mit allen Mitteln durchzuführen.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Der auslandsdeutsche Abend Freitag 8 Uhr in der Oberrealschule zum Dom ist eine Veranstaltung, wie deren seit einiger Zeit in allen größeren Städten stattfinden, mit dem Zweck, das öffentliche Interesse in Deutschland für die Auslandsdeutschen zu erregen, die für unseren Handel und unsere Industrie von unermesslicher Bedeutung sind und sowohl darum, als auch weil sie eben unseres Stammes sind, es wohl verdienen, daß wir uns ihrer von Zeit zu Zeit erinnern. (Siehe heutige Anzeige.)

Berein für organisierte Einzelpersonen. Unsern Mitgliedern teilen wir hierdurch mit, daß die Sitzungen in den einzelnen Bezirken in diesem Monat ausfallen müssen. Für Oktober ergeben Einzelpersonen.

Versammlung der SPD-Lehrer. In der letzten Versammlung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer wurde eingehend die Frage der körperlichen Züchtigung behandelt. In einer Reihe verschiedener Artikel im Lübecker Volksboten war diese Frage bereits von verschiedenen Seiten behandelt worden. Der Vorwurf gegen den Lübecker Lehrerverein,

daß er noch keine klare Stellung zu dieser Frage genommen hat, besteht zu Recht. — Einstimmig lehnte die Arbeitsgemeinschaft ein Verbot der körperlichen Züchtigung ab. Man war sich aber darüber einig, daß die körperliche Züchtigung nicht mehr in die neue Schule hineinpaßt. Der Stab muß verschwinden. Jeder Lehrer muß sich bemühen, wenn er Erzieher sein will, ohne Schläge auszukommen. Das wird aber nur möglich sein, wenn die Eltern weit mehr, als es heute geschieht, die Schule unterstützen. Kinder, die körperlich im Elternhause geschlagen werden, sind in der Schule sehr schwer zu erziehen. Durch die Elternräte ist die Verbindung zwischen Schule und Haus enger geworden. Wächst der Elternvertreter ist es, daß für einzutreten, daß die körperliche Züchtigung auch im Elternhause verschwindet. Dazu ist noch viel Aufklärung nötig. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft sind gern bereit, zur Klärung dieser Erziehungsfrage Vorträge zu übernehmen. — Einige Neuaufnahmen konnten mitgeteilt werden. In der nächsten Versammlung wird Genosse Schermer über den Ausbau der Lübecker Volksschule sprechen. Der Zeitpunkt der Versammlung wird noch bekanntgegeben. Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig, da wir Stellung zu den diesbezüglichen Anträgen an unsere Fraktion nehmen müssen. — Vom Vorstand der A. F. U. in Mecklenburg ist eine Einladung zu einer Tagung am 30. September in Schwerin eingegangen, auf der u. a. ein Bericht über die schulpolitische Lage in Mecklenburg erstattet wird. Gen. Dr. Löwenstein-Berlin wird über die schulpolitische Lage in Mecklenburg sprechen.

In der letzten Mitgliederversammlung der freireligiösen Gemeinde gedachte Herr Schermer in ehrenvollen Worten des ersten Vorsitzenden und Gründers Carl Lüdhardt. Seiner unermüdeten Arbeit ist es in erster Linie zu danken, daß die freireligiöse Gemeinde in den ersten beiden Jahren ihres Bestehens sich so schnell entwickeln konnte. Heute stehen wir gefestigt da. Immer größer wird die Zahl der Mitglieder, immer zahlreicher die Beteiligung vor allen Dingen an unseren Jugendweihen. Wir wollen unsere Arbeit im Sinne des Verstorbenen fortsetzen und ihm dadurch unsere Treue über den Tod hinaus beweisen. — Herr Schermer gab darauf den Jahresbericht, aus dem hervorgeht, daß im letzten Jahre die Zahl der Jugendweihen beinahe das erste Hundert erreichte. Unsere Redner werden zu vielen Beerdigungen und Einäscherungen gehen und im letzten Jahre zum ersten Male auch zu anderen Familienfeiern. Wir werden auch in Zukunft auf Wunsch gerne Redner für Hochzeiten und Namensgebungen stellen. Unsere Mitglieder werden gebeten, ihre diesbezüglichen Wünsche an den Vorstand zu richten. In der Aussprache wurden Wünsche bezüglich der Feiern be-

sprochen. Eine neue Mitgliederversammlung im November wird dann endgültig Stellung nehmen. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Erster Vorsitzender wurde Herr Feldmann, Kassensführer Herr Georgi.

Die Ofenbehandlung. Der den Sommer über unbeachtet gelassene Wärmepender beantragt bald wieder unsere Aufmerksamkeit. Mit seiner Dienstbereitschaft ist es aber oft eine eigene Sache und besonders, wenn man seit dem letzten Erlöschen des Feuers sich nicht einmal um ihn kümmerte. Für die ihm gewordene Vernachlässigung pflegt er sich zu rächen, indem er die Stube mit Rauch oder schwefeliger Luft erfüllt, seinen Rostmantel nur langsam Wärme annehmen läßt oder gar in die Luft geht. Alle diese Uebelstände, von denen die Explosion lebensgefährlich werden, auf alle Fälle aber viel Schaden anrichten kann, beruhen entweder auf unsachgemäßem Heizen oder auf mangelhafter Reinigung und Instandhaltung der Ofen; sie sind auf ein Minimum zu beschränken, wenn folgende, von sachverständiger Seite aufgestellten allgemeinen gültigen Regeln beachtet werden: Geforderliche Ueberholungsarbeiten müssen rechtzeitig veranlaßt werden; es bindet das Material dann bis zum Beginn der Heizperiode gut ab und erhält die für einen genügenden Widerstand gegen die Stüt nötige Festigkeit. Alljährlich müssen die Feuerstellen von einem Lötter gründlich nachgesehen und gereinigt werden; so verhilft man dem Ofen zu dem notwendigen Zug und sich selbst bei weniger Brennstoffverbrauch zu einem wohliger erwärmten Zimmer, da der angelegte Rauch und dergl. die Wärmebildung erschwert, durch seine Innenwandungen aber eine höhere Temperatur der Ofenflächen und damit eine höhere Heizkraft erzielt wird. Außer der richtigen Behandlung des Ofens muß eine ordentliche Bedienung desselben mit dem geeigneten Brennmaterial stattfinden, dann werden die mit Recht zu fürchtenden, leider häufigen Ofenexplosionen kaum mehr in die Erscheinung treten. (Mitgeteilt von der Lübecker Brandkasse.)

pb. Ein abgeschleimtes Gaunerpaar. In der Nacht zum 18. d. M. sind aus der Schaufensterauslage eines Pelzwarengeschäftes in der Wahrenstraße vier schwarze Gestaltstagen und ein brauner Zobelklimantel gestohlen worden. Als Täter kommen vermutlich zwei Personen in Frage, die im Besitze eines Motorrades waren. Als die eine Person ein Stück eines Straßenpflastersteines durch die Ladenschelbe warf, fuhr der Komplize mit dem Motorrad und knatterndem Geräusch an dem Tator vorbei, die Wahntrake entlang. Durch das Geräusch des Motors sollte das Klirren des Schaufensterglases gekämpft werden. Nachdem der Täter durch die entstandene Öffnung die Sachen entwendet hatte, fuhrten beide Personen auf dem Krastrade davon.

Ein verhaftungswütiger Untersuchungsrichter

Er verhaftet alles, was ihm in den Weg kommt!

Einen sensationellen Abschluß hat die Untersuchungsaffäre in einem Selbstmordfall in Neubamm in der Neumark gefunden. Dort war ein Bäcker Pfal auf der Hochzeit seines Bruders mit anderen Gästen in Streit geraten. Die dabei gegen ihn erhobenen Vorwürfe nahm er sich so zu Herzen, daß er heimlich aus der Gesellschaft verschwand und sich im Neubammer Stadisee ertränkte. Er konnte nach langem Suchen nur noch als Leiche geborgen werden. Durch die üblichen Kleinstadigerichte bewogen, beschäftigten sich schließlich auch die Gerichtsbehörden mit diesem Fall und der in Neubamm stellvertretende Amtsgerichtsrat Dr. Stahlberg aus Bärwalde leitete eine umfangreiche Untersuchung ein. Dieser Herr war, trotz seiner 30 Jahre, infolge Ueberarbeitung zusammengebrochen und brachte nun die tollsten Dinge zusammen.

Er ließ die Angehörigen des Toten und dessen Braut verhaften, sperrete den Gefängnisaufseher in Neubamm ohne jeden Grund persönlich ein

und hatte auch dieselbe Absicht mit dem Polizeikommissar und dem Bürgermeister von Neubamm. Die Polizeibeamten weigerten sich jedoch, diesen Haftbefehl auszuführen, und jetzt hatte der Bürgermeister, ein sehr energischer Herr, dahinter. Er fuhr persönlich zur Aufsichtsbehörde nach Landsberg und erreichte bei dem dortigen Landgericht, daß sämtliche Inhaftierten

sofort aus der Untersuchungshaft entlassen und der schwerranke Amtsgerichtsrat schleunigst beurlaubt wurde.

Von einer amtlichen Stelle erfahren die „Neumärkischen taglichen Nachrichten“ hierzu noch folgendes: Als dem stellvertretenden Amtsgerichtsrat Dr. Stahlberg in Bärwalde gemeldet wurde, daß in der Nacht vom 8. zum 9. September ein junger Mann im Neubammer See ertrunken wäre, glaubte er, weil bei der Leichenöffnung die Todesursache mit absoluter Sicherheit nicht festgestellt werden konnte, an einen Mord seitens der Familienangehörigen des Verstorbenen. Dieses Vorgehen des Richters ist offenbar darauf zurückzuführen, daß sich bei ihm eine krankhafte Wahnvorstellung entwickelt hatte. Das Krankhafte seiner Handlungsweise geht auch daraus hervor, daß er annahm, die Polizei- und Gefängnisbeamten unterstützten ihn nicht genügend und ständen mit den angeblichen Tätern unter einer Decke. Er schritt deshalb auch zur

Verhaftung des Neubammer Strafanstaltsoberwachtmeisters und seiner eigenen Stenotypistin,

die er sich aus Bärwalde mitgebracht hatte. Die Polizeiverwaltung wandte sich darauf sofort an die Staatsanwaltschaft, den Untersuchungsrichter und den Landgerichtspräsidenten. Diese fuhrten in der Nacht vom Sonntag zum Montag nach Neubamm und Bärwalde, verhinderten weitere dienstliche Handlungen des Richters und legten die Verhafteten nach Kenntnisnahme des Akteneinhalts und nach Anstellung einiger Vernehmungen sogleich in Freiheit.

Flug nach Tokio

Der Ozeanflieger von Hünefeld ist am Dienstag morgen kurz vor 2 Uhr vom Flugplatz Berlin-Tempelhof mit der „Europa“, einer Schwefelmaschine des Ozeanflugzeuges „Bremen“, zu einem Langstreckenflug nach dem ferneren Osten gestartet. Die Maschine wird von dem Chefpiloten der schwedischen Junkerswerke, Lindner, gesteuert; Hünefeld nimmt als zweiter Pilot an der Steuerung des Flugzeuges teil. Außerdem befindet sich der Monteur Paul Ringerich an Bord. Der Flug soll über Sofia, Konstantinopel, Bagdad, Karachi, Kalkutta, Bangkok, Hankow nach Tokio erfolgen. Hünefeld hofft die Strecke in 8 Tagen bewältigen zu können.

Der deutsche Kronprinz hatte es sich nicht nehmen lassen, dem Start beizuwohnen; er hatte kurz vor dem Abflug noch eine längere Unterredung mit Hünefeld.

Im Koffer erstickt

Vor einigen Tagen war in Graz der 16jährige Gymnasiast Herbst, der Sohn eines Majors, in einem Koffer erstickt aufgefunden worden. Der ursprünglich aufgetauchte Verdacht, daß ein Sexualmord vorliegt, hat sich als falsch erwiesen. Der Schüler ist das Opfer eines unglücklichen Zufalles geworden. Er hatte in der elterlichen Wohnung einen Kurzschluß in der elektrischen Leitung beheben wollen; das Werkzeug lag in einem großen Koffer, der im Badezimmer stand. Beim Ausschleichen nach ist der Knabe in den Koffer hineingefallen, der Dösel schlug zu und das Schloß schnappte ein. Spuren deuten darauf hin, daß der Eingeschlossene vergeblich versucht hatte, mit einem Taschenmesser das Schloß zu öffnen. Er ist dann qualvoll erstickt.

Ein schweres Verkehrsunfall ereignete sich am Dienstag an der Ecke der Hauptstraße und Schlegelstraße im Norden Berlins. Ein Privatauto wollte dem 66jährigen Dagobert David aus Berlin ausweichen und bog scharf nach links hinüber. David wurde zu Boden gerissen und erlitt schwere innere Verletzungen. Der Privatwagen wurde von einem entgegenkommenden Auto erfasst und gegen eine Radfahrerin geschleudert, die gegen einen Gastwirtsbesitzer geblüht wurde. Das Mädchen erlitt einen Nervenschock und zog sich innere Verletzungen zu. Der Chauffeur des Privatwagens kam mit leichten Verletzungen davon. Ein 15jähriger junger Mann mußte mit einem Oberschenkelbruch ins Krankenhaus gebracht werden.

Chicago ankommt, ist bekannt, daß eine behördliche Kommission unterwegs ist.

Der Erfolg dieser ganzen Bemühungen ist, daß die Fleischpader liegen. Ein neues Schlachtaufsichtsgesetz erscheint zwar, aber die Paragrafen sind in Watte gewickelt. Roosevelt genehmigt es und läßt die Sache einschlafen. In der Presse, dem Sprachrohr des Trustkapitals, kann man diese Ereignisse auf amüsanter Weise verfolgen; zuerst ist Sinclair der „Schmutzsaufwischer“; als Roosevelt in die Kampagne eingreift, ist Sinclair auf dem Wege, ein berühmter Mann zu werden; aber nach dem Sieg der Trustherren verschwindet Sinclairs Tat in die berühmte Verjüngung.

Diese Geschichte des Romans ist so wichtig, weil sie den Grundstein zu Sinclairs Weltanschauung gelegt hat (das Buch wurde in 17 Sprachen übersetzt), weil sie die Korruptheit der amerikanischen Presse anschaulich macht sowie Sinclairs ungeheuren Mut, diese Hydra anzugreifen.

III.

Der Kampf geht weiter. Merkwürdige Zufälle brechen in diese der Anlage gewidmete Arbeit ein. Sinclair hat Material über Betrügereien, die sich die Carnegie Stahl Kompanie bei Heereslieferungen zuschulden kommen ließ, zusammengebracht. Der Trust hat ein Interesse daran, daß diese Dokumente vernichtet werden: eines Nachts geht Sinclairs Haus in Flammen auf. (In Gustavus Myers „Geschichte der großen amerikanischen Vermögen“ sind die nächsten sachlichen Berichte gesammelt, wie die Dollarmillionäre ihre Vermögen „erarbeiteten“.)

All dies hindert Sinclair nicht, die Ergebnisse des politischen Lebens, die Entartungen der kapitalistischen Gesellschaftsform in seinen großen Romanen darzustellen.

In „König Kohle“ geht es um das Los der Bergarbeiter; in „Hundert Prozent“ sind die oberen Zehntausend Amerikas, die den Ertrag des eingestiegenen Mehrwerts nicht aufzehren können, in ihrer stumpfsinnigen Verschwendungsucht gezeichnet. In „Jimmie Higgins“ ist der Krieg gesehen, wie er ist, und nicht, wie ihn die Nationalisten heroisieren. Sinclair selbst war wie Jimmie Higgins eine Zeitlang mit-taumeleind in der großen Kriegsspychose. Eines Tages aber enthielt sich ihm: dieser Krieg ist ein grandioses Geschäft für Wallstreet. In „Petroleum“, dem zuletzt erschienenen Roman, kehren in neuen Situationen die Menschentypen aus den früheren Werken wieder. Jede einzelne Gestalt ist Ausdruck ihrer Klasse mit eigenen guten und schlechten Eigenschaften. Man sieht wieder den Jüngling, den Sohn des Millionärs, der hin- und hergeworfen wird zwischen einem ursprünglichen Ge-

rechtigkeitsgefühl und dem Zwang, ein Ausbeuter wie andere zu sein. Die Klassenschichtung bedingt sowohl tragische als auch egoistische Konstellationen. Sinclairs Satire hebt aus dem wirbelnden amerikanischen Leben mit überlegenem Hohn die Heuchler aus Erziehung und Lebensangst: den Priester, dessen Rechte nicht weiß, was die Vinte an Trinkgeldern nimmt; den Unversitätsprofessor, der die Statistik und Moral nach dem Metermaß der Millionäre veranschaulicht. In „Präsident der U. S. A.“ (Roman aus dem Weissen Hause) erscheint die wichtige Gestalt des kleinen Manufakturadachens, das dem Sprecher im „Weissen Hause“ zu Washington — also dem Präsidenten! — alte Leitartikelmehrsheit als „echte Stimme des Volkes“ aufhängt und so hinter den Kulissen das stolze Amerika regiert.

Die Arbeiter, die Sinclair zeichnet, sind als Einzelmensch mutig oder feige, leidenschaftlich oder gleichgültig wie die anderen. Aber auch hier wieder wird im einzelnen die Klasse offenbart. Diese Proletarier, die die bessere Zukunft aufzubauen haben, sind Empörter, weil sie niedergehalten sind durch Zwang; sie sind Brüder, weil die gleiche Not sie zusammenschließt; sie sind opferbereit, weil die Hoffnung das einzige ist, was ihnen niemand nehmen kann. So ist weder Anlage noch Verteilung in diesen Romanen zufällig.

In „Die Goldene Kette“, im „Parademarsch“ und in „Der Rekrut“ (Studien über amerikanische Erziehung) zeigt Sinclair die Medaille von der anderen Seite. Künstler, Priester, Pädagogen sind nach Sinclairs Auffassung die Stimme der jeweils herrschenden Klassenideologien der Zeit: parasitäre Anhänger des Kapitalismus. Was Sinclair in der „Goldenen Kette“, seiner „Sage von der Freiheit der Kunst“ im Eifer des Kampfes vertritt, ist dieses: daß die Naturkraft der künstlerischen Leistung echt sein kann, auch wenn die Form (und selbst der Inhalt) von der ökonomischen Situation bestimmt ist. Wenn auch Balzac, um nur ein Beispiel zu nennen, zur Gesellschaft der Bankiers gehört, so ist seine dichterische Fähigkeit, eine Welt aus dem Chaos zu gestalten, nicht weniger kostbar. Und wenn Upton Sinclair kein Dichter wäre — d. h. wenn sich ihm die Gedanken des Sozialismus nicht zum Bild zusammenfügten — so wäre die Wirkung seines Werkes nicht die anklagende, aufwühlende, die sie ist. Kunst ist, wie jede Auekerung des Lebens, geformt von der geschichtlichen und gesellschaftlichen Lage; aber wenn sie echter und wahrhaftiger Ausdruck dieser Situation ist, dann ist sie ein Mittel des Menschen, um sich selbst zu sehen, selbst zu erkennen. Und Sinclair ist für die sozialistische Welt, was einmal Zola für die bürgerliche Klasse gewesen ist: Spiegel und Wahrbild. Und das heißt viel.

Norddeutsche Nachrichten

Provinz Sibirien

Kensfeld. Rasse Gegenfähe. Ministerbesuch, nur nicht in Kensfeld, sondern in Bad Schwartau. Im General-Anzeiger war zu lesen: Die Herren scheinen den besten Eindruck von Bad Schwartau gewonnen zu haben, da sie der Stadtverwaltung die Unterstützung aller vorgetragenen Wünsche zugestimmt haben. Anscheinend ist den Herren das Frühstück im städtischen Kurpark gut bekommen. Kensfeld konnte man nicht finden, denn in Kensfeld ist Armut zu Hause. Kensfeld hat nicht die großen Steuereinnahmen wie Schwartau. Schwartau hat allein aus der Körperschaftsteuer einer großen Firma etwa 50 000 Mark. Außerdem gibt's da noch eine ganze Reihe Leute mit 30 000 Mk. Jahreseinkommen. Dies bringt natürlich einen schönen Betrag Geld. Deshalb will auch ein Teil der Herren in Schwartau von der Eingemeindung von Kensfeld nichts wissen. Was Schwartau nicht hat, wie oben erwähnt, gibt die Regierung noch dazu. Anstatt daß die Herren sich selbst einmal Kensfeld anschauen, ließen sie sich gnädigst herab, mit dem Gemeindevorsteher und der Finanzkommission der Gemeinde Kensfeld eine Besprechung über die Notlage der Gemeinde im Amtsgericht abzuhalten. Da die Gemeinde in äußerst schwieriger Finanzlage ist, sahen sich die Herren Minister veranlaßt, vorläufig die von der Regierung beschlagnahmten Ueberweisungen von 2500 Mark wieder freizugeben. Der Etat wurde durchgenommen. Die Herren irren sich, es ist nirgends ein Posten zu hoch oder unnützlich eingestellt. Dem einen will man geben, dem andern zieht man das Hemd vom Leibe. Weitere Besprechungen sollen stattfinden. Erwünscht wäre, wenn die Herren das nächste Mal Pläne über die Eingemeindung der wirtschaftlich schwachen in die wirtschaftlich starken Gemeinden mitbringen würden. Außerdem sollten sie sich auf eine Verwaltungsreform besinnen. Nur auf diesem Wege ist Rettung möglich.

Lauenburg

Lauenburg. Von ausströmendem Dampf verbrüht. In Nord des Lauenburger Schleppdampfers Lauenburg wurde der 24jährige Maschinist Franz Müller durch ausströmenden Dampf so schwer verbrüht, daß er bald darauf in einem Hamburger Krankenhaus starb.

Hansestädte

Hamburg. Rädertour bei der Hochbahn. Auf dem Bahnhof Hellkamp meldete sich an der Sperre ein Mann in Hochbahnuniform, der eine Reserveausrüstungskiste und eine Segeltuchhandtasche trug, um von dem Hochbahnbeamten die Schlüssel zum Fahrkartenzentrum zu erbitten, da er für einen erkrankten Kollegen einzuspringen habe und seine Ausrüstungskiste abstellen wolle. Der Mann erhielt den Schlüssel, suchte den Fahrkartenzentrum auf und verließ diesen mit seiner Handtasche unter Zurücklassung der Reserveausrüstungskiste. Ordnungsgemäß lieferte er dem an der Sperre stehenden Mann die Schlüssel wieder ab. Später wurde dann festgestellt, daß er aus einer Geldtasche drei Geldbeutel mit 2464 Mark entwendet hatte. Die, von ihm zurückgelassene Reserveausrüstungskiste, war nur eine Utzappe.

Hamburg. Die Heilsarmee als Arbeiterausbeuter. Die Heilsarmee hat schon immer die Art der Zeit auszunutzen gewußt, um für sich Vorteile zu schaffen. Jetzt ist sie sogar, wie das Echo schreibt, schon so weit gegangen, dem Unternehmertum billige Arbeitskräfte, unter Umgehung des Arbeitsmarktes, zu vermitteln. Aus wird ein Fall mitgeteilt, bei dem ein Unternehmer von der Heilsarmee solche Arbeitskräfte für einen Stundenlohn von 80 Pfennig vermittelt bekam. Von diesen 80 Pfennig erhält der Arbeiter ganze 5 Pfennig. Für den Rest liefert die Heilsarmee ihm Kost und Logis nach ihrem Geschmack. Wie dies aussah, konnte man an dem Proviant erkennen, der einem zur Nacharbeit erschienenen Arbeiter mitgegeben wurde. Bei Nacharbeit, wie sie in diesem Falle vorfam, wurden dem betreffenden Arbeiter nach langem Protest schließlich 5 Pfennig Zuschlag genehmigt. Vielleicht sieht sich das Arbeitsamt diese saubere Arbeitsvermittlung einmal näher an.

Schleswig-Holstein

Blön. Großfeuer. Durch die Unvorsichtigkeit spielender Kinder geriet das große Kuhhaus des Gutes Devenau in Brand. Auf dem Boden des Hauses verbrannten 587 Fuder Heu und Stroh.

Mecklenburg

Schwerin. Ueberfall auf einen mecklenburgischen Ministerialdirektor. Dienstag vormittag hat sich hier vor dem Regierungsgebäude ein unerhörter Vorfall abgespielt. Der Ministerialdirektor im mecklenburgischen Justizministerium und frühere mecklenburgische Justizminister Dr. Brückner wurde gegen neun Uhr vormittags plötzlich von einem Unbekannten überfallen. Der Mordschlag dem sehr kurzschäftigen Ministerialdirektor die Wille entzwei, so daß dieser nichts sehen konnte. Darauf schlug er mit einer Reispelische, an der sich ein Knoten befand, auf Dr. Brückner ein, der Verletzungen am Kopf erlitt. Durch das Dazwischentreten des Landeschaftsrates Puls, der den Vorgang bemerkt hatte, wurde der Täter am weiteren Schlagen verhindert. Der Betreffende konnte jedoch, obgleich seine Verfolgung sofort aufgenommen wurde, unerkannt entfliehen.

Ribitz. Drei große Scheunen niedergebrannt. In den Abendstunden des Montag brannten die drei großen, im Mittelweg gelegenen Scheunen, die Ackerbürger gehörten. Als Entstehungsursache wird wieder Brandstiftung angenommen. In der Stadt herrscht infolge dieser wiederholten Brände große Besorgnis. Eine Pensionsinhaberin am See erhielt vor einiger Zeit einen Drohbrief, in dem ihr mitgeteilt wurde, daß die Scheunen am See, die ihrem Hause sehr nahe liegen, ebenfalls bald brennen würden.

Plan. Bürgermeister und Stadtrat der Posten entzogen. In der Sitzung der Stadtverordneten wurde vom Stadtverordnetenvorsteher eine von der Wirtschaftlichen Vereinigung und den Sozialdemokraten eingereichte Dringlichkeitsantrag verlesen, der forderte, den Bürgermeister wegen seiner Mißwirtschaft sofort zur Disposition zu stellen, ein Disziplinarverfahren und das Verfahren zu seiner Entlassung ohne Pension beim Ministerium anzufordern. Ebenfalls ist der Stadtrat Wilhelm zur Disposition zu stellen. Die Dringlichkeit wurde anerkannt und der Antrag angenommen.

Hannover

Büneburg. Der Greis als Liebhaber. In einem Orte in der Nähe von Veljen hatte sich ein 70jähriger Händler in ein 18jähriges Mädchen aus einem Nachbardorfe verliebt. Das Mädchen erzählte seiner Herrschaft von dem Werben des

Die Tornadokatastrophe

100 Millionen Dollar Schaden

Die Wirbelsturmkatastrophe in Mittelamerika hat in Florida nach den ersten von dort eingetroffenen Meldungen 40 Tote und über 100 Verletzte gefordert; unter den Verletzten befinden sich auch zahlreiche Kinder, die in einer Schule in Bognton bei West-Palm-Beach vom Wirbelwind überrollt wurden. Der Sachschaden in Florida soll noch größer sein als der des Jahres 1926, wo Miami durch einen Tornado vollkommen verwüstet wurde.

Die größten Verheerungen hat der Tornado im Badeort West-Palm-Beach angerichtet. Die Wasser- und Elektrizitätswerke wurden vollkommen in Trümmer gelegt. Die Telegraphenmasten sind zerstört worden. Die kleineren Gebäude wurden fast vollständig abgedeckt und größtenteils zertrümmert. Auch in den übrigen Städten und Badeorten sind große Verheerungen angerichtet worden. In Jupiter wurden die Dockanlagen vollkommen zerstört; eine große Funktion wurde vernichtet. Aus Jacksonville, St. Petersburg und Pompano werden riesige Sachschaden gemeldet.

In Portorico verschlimmert sich die Lage der Bevölkerung von Stunde zu Stunde; man schätzt hier die Zahl der Toten auf mindestens 1000; der Sachschaden wird auf mehr als 100 Millionen Dollars beziffert. Mehrere Schiffe mit Lebensmitteln und Ausrüstungsgegenständen sind nach Portorico unterwegs. Die Bahama-Inseln, die Jungferninseln und Guadeloupe und Martinique sind ebenfalls nicht verschont geblieben; auf Guadeloupe sollen 500 Menschen getötet worden sein.

Auf Portorico herrscht als Folge der Sturmkatastrophe eine entsetzliche Teuerung. Die Preise für Nahrungsmittel sind um fünfzigprozent bis fünfzig Prozent gestiegen, die für Baumaterialien um hundert Prozent, und die Behörden von San Juan haben sich gezwungen gesehen, zur Bekämpfung des Preiswuchers drakonische Maßnahmen zu ergreifen. Das amerikanische Rote Kreuz hat bereits unter Beihilfe der Staatsmiliz mit der Verteilung von Zelt, Decken und Nahrungsmitteln an die obdachlose Bevölkerung begonnen, und auch die Räumungsarbeiten werden mit Energie in Angriff genommen.

Der Revaler Zirkus in Flammen aufgegangen

Der Besitzer und das Personal verhaftet

Am Dienstag nachmittag ging der Revaler Zirkus in Flammen auf. Es besteht der bringende Verdacht, daß eine Brand-

stiftung zwecks Erlangung einer größeren Versicherungssumme vorliegt. Der Besitzer des Zirkus, Bredford, und das Zirkuspersonal wurden verhaftet. Unter den Vätern des Zirkus entdeckte die Polizei Konserndbüchsen mit Petroleum und anderem leicht brennbarem Material. Der Zirkus war mit 40 000 Estkonen versichert. Auch der Vertreter des estnischen Fonds, Kanemeh, wurde verhaftet. Zwei Tage vor dem Brand wurden sämtliche Tiere des Zirkus nach Sowjetrußland abgehoben. Am schwersten haben die Artisten des Zirkus unter dem Brand zu leiden, da ihr ganzes Hab und Gut mitverbrannt ist.

Ein schweres Schiffsunglück

hat sich auf dem Haronsee (Kanada) ereignet. Dort ging der Dampfer „Manasoo“ mit 17 Mann Besatzung und vier Fahrgästen unter. Fünf Schiffsbrüchige konnten 60 Stunden nach der Katastrophe auf einem Floß von einem Dampfer geborgen werden; einer von ihnen war inzwischen gestorben. 16 Personen werden vermißt.

Vier Menschen verbrannt. In der Gemeinde Buchkirchen bei Wels entstand in einem Hause Feuer; eine 24jährige Frau und zwei kleine Kinder verbrannten bei lebendigem Leibe. Die Pflegemutter der Kinder erlitt bei dem Versuch, in das brennende Haus einzudringen, tödliche Brandwunden.

Ungetreue Steuerbeamte. In Köln wurde ein Obersteuersekretär des Finanzamtes und sein als Steuerberater tätiger Sohn verhaftet, weil sie bei der Ablieferung von Steuermarkenbogen für die Angestellten gewerblicher Betriebe entwerferte Steuermarken verwendeten. Der Obersteuersekretär hatte die Steuermarken aus abgelegten Steuerbogen entnommen, die auf dem Speicher des Finanzamtes Köln-Süd aufbewahrt wurden.

Selbstmord durch Dynamit. Der Direktor der Dynamitfabrik Nobel in St. Lambrecht (Obersteiermark) hat auf furchtbare Weise Selbstmord verübt. Er legte sich eine mit einer Zündschnur versehene Dynamitpatrone um den Leib und entzündete sie. Der Selbstmörder wurde vollkommen zerrissen aufgefunden. Die Gründe der Tat sind noch unbekannt.

Typhus bei Würzburg und in Bonn. In Rothenbuch bei Würzburg ist eine Typhusepidemie ausgebrochen. 50 Personen sind erkrankt, davon 15 so schwer, daß sie in die Würzburger Universitätsklinik gebracht werden mußten. Zwei Frauen im Alter von 30 Jahren sind inzwischen gestorben. Sämtliche Bewohner des Dorfes Rothenbuch haben eine Schutzimpfung erhalten. Die Erkrankungen werden auf den Genuß von verwehrem Wasser zurückgeführt. — In der Provinzial-Hells- und Pflegeanstalt in Bonn sind bisher 14 Typhuskranken gestorben. Insgesamt sind 142 Typhusfälle festgestellt worden. 88 Kranke befinden sich auf dem Wege der Besserung.

Neuertwerbungen der Stadtbibliothek

(Im Lesesaal zur Ansicht ausgelegt vom 20.—30. September)

- Bach, Julius: Das Theater der Gegenwart, Leipzig 1928.
- Benes, Edward: Der Aufstieg der Nationen, Berlin 1928.
- Böhmer, Leo: die rheinische Separatistenbewegung und die französische Presse, Berlin und Leipzig 1928.
- Bonn, W. J.: Geld und Geist Berlin (1927).
- Gilg, Arnold: Sören Kierkegaard, München 1928.
- Harms, Bernhard: Vom Wirtschaftskrieg zur Weltwirtschaftskonferenz, Jena 1927.
- Karthe, Georg: Das amerikanische Schulwesen, Leipzig 1928.
- Kattenbusch, Ferdinand: Die deutsche evangelische Theologie seit Schleiermacher, Gießen 1926.
- Lages, Ludwig: Einführung in die Psychologie der Handschrift, Heidelberg (1924).
- Krebs, Robert: Die Ostalpen und das heutige Oesterreich, Bd. 1, 2, Stuttgart 1928.
- Zehn Jahre Deutsche Republik, Herausgegeben von A. Erkelens, Berlin-Zehlendorf 1928.
- Rieger, Erwin: Stefan Zweig, Berlin 1928.
- Schneider, Hermann: Heldendichtung, Geistlichendichtung, Ritterdichtung, Heidelberg 1926.
- Stoffe und Beispiele zum Bildungsplan für die zehnjährige Volksschule, Dresden 1928.
- Wilhelmine, Markgräfin von Bayreuth: Memoiren, Leipzig 1920.



Ein neuer Weltrekord

Diplom-Ingenieur Schinzinger, der vor kurzem erst einen neuen Höhen-Weltrekord mit 1000 Kilo Nutzlast aufgestellt hatte, hat jetzt auch den Weltrekord für einen Flug mit 500 Kilo Nutzlast für Deutschland zurückerobert, da er 8830 Meter Höhe erreichte.

Greifes. Man kam daraufhin überein, ihm eine öffentliche Blamage zuteil werden zu lassen. Eines Abends „fensterle“ der Händler; das Mädchen ließ ihn in ihre Kammer ein. Als der Liebhaber gerade seine Ueberkleider abgelegt hatte, gab das Mädchen ein verabschiedetes Zeichen, der Alte wurde mit großem Hallo aus der Kammer herausgeholt und in der kalten Nacht, mangelhaft bekleidet, barfuß in sein ¼ Stunden entferntes Dorf geschickt. Der alte Mann verließ unterwegs vor Scham Selbstmord. Der Hofbesitzer, in dessen Hause sich dieser rohe Späß zgetragen hat, wurde dieser Tage vom Schöffengericht Lüneburg zu sechs Monaten Gefängnis, sein Sohn zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt.

Die älteste staatliche Universität, die heute bereits auf ein Alter von mehr als 700 Jahren zurückblickt, ist die im Jahre 1224 von dem Hohenstaufenkaiser Friedrich dem Zweiten begründete Universität Neapel. Friedrich war als Erbe seiner Mutter Konstanze auch König von Sizilien, und Neapel gehörte damals zum Königreich Sizilien. Die bereits vor der Gründung der Universität Neapel bestehenden Hochschulen waren entweder kommunale oder kirchliche Lehranstalten. Besonderen Wert legte Friedrich der Zweite auf den Ausbau der juristischen Fakultät in Neapel. In der älteren Hochschule von Bologna waren vor allem die Ärzte berühmt, die damals noch alle aus dem Priesterberufe hervorgingen.

»LUBROFA«

VERANSTALTER VON DER KOLONIALWAREN-
HÄNDLER FÜR LUBECK UND UMGEGEND.

**ERSTE LUBUCKER KOLONIALWAREN
UND FEINKOST-AUSSTELLUNG**

VOM 29. SEPTEMBER 7. OKTOBER 1928
IN DEN AUSSTELLUNGSHÄLLEN AM HOLTENTOR

ARBEITER-SPORT

Der Ameisenhaufen

Soll einem Vierteljahr „Mären“ sich die Verhältnisse im Berliner Arbeitersport. Diese lange Zeit mag vielleicht etwas ungeduldet vorkommen, sie ist aber in den total verworrenen, um nicht zu sagen verkommenen Zuständen in Berlin begründet.

Wie lagen die Dinge? Nachdem die Kommunisten im Parteileben und in den Gewerkschaften abgewirtschaftet hatten, nachdem sie hundert Nebenorganisationen gründeten, um überhaupt nur ihre Schäflein bei der Stange zu halten und neue zu gewinnen, warfen sie sich mit aller organisatorischen Macht auf die Arbeiterportvereine. Mehrere Parteisekretäre wurden eigenmächtig zur Bearbeitung dieses Gebietes angestellt — die Hehe ging los! Alles was sich zur Sozialdemokratie rechnete, wurde unter die Beine genommen, mit den parteigenösslichen Sportlern sollte der Arbeiter-Turn- und Sportbund getroffen werden. Das gelang den Trabanten der kommunistischen Sportpartei-Sekretäre auch insoweit, als viele, viele der im jugendlichen Alter stehenden Arbeitersportler auf den kommunistischen Leim trafen. Als die Hehe schließlich zu weit ging, daß eine glatte Sabotage gegen den Bund heranstam, griff der Bund energisch ein. Es kamen Ende Juni die Beschlüsse des Bundestages in Leipzig, die scharf gegen alles, was mit der kommunistischen Partei zusammenarbeitete, Stellung nahmen und den Bundesvorstand mit weitgehenden Vollmachten ausstatteten.

Dieses energische Vorgehen hat nun das Berliner Arbeitersportlager wie einen Ameisenhaufen aufgeschüttelt, wenigstens soweit die Kommunisten in Frage kommen. Ihnen halfen jetzt alle Parteiresolutionen und alle „Bekanntnisse zur Bundestreue“ (die sie jetzt mit einem Male bei sich entdeckten!) nichts: der Bund griff durch und schmiß die lästigsten und großmäuligsten Leute hinaus. Überall schlossen sich die bundestreuen Sportler fest zusammen, und der Hort, der Stützpunkt für wahren Arbeitersport wurde die „Freie Turnerschaft Groß-Berlin“, ein Verein, der bereits vor Jahren als Gegengewicht gegen den immer mehr ins kommunistische Fahrwasser abrutschenden Verein „Fichte“ wurde, und der jetzt bereits über 5000 Mitglieder hat.

In den Verwaltungsbezirken Berlins sammelten sich die aus kommunistisch verfeindeten Vereinen hinausgeekelten Bundesstreuen in neuen Vereinen, daß das unter Leitung unseres Parteifreundes Dehlschlager stehende neue Arbeiterportkartell jetzt schon 32 Vereine betreut, zu denen sich die Naturfreunde, die Samariter und der Verein des „Freien Seglerverbandes“ gesellen. Insgesamt sind von den 45000 Arbeiterportleuten Berlins 15000 freiwillig zum neuen Kartell gekommen. Mit dem Ablauf der Erklärungsfrist (10. September), die der Bund den Vereinen stellte, wird noch eine große Anzahl weiterer Vereine hinzukommen.

Interessant und für die geistige Verfassung vieler Arbeitersportler bezeichnend ist, daß in vielen Vereinen völlige Unklarheit über die organisatorischen Zusammenhänge besteht. Man hält die Auflösung des bisherigen Kartells tatsächlich für eine Gewaltmaßnahme der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege, protestiert fortwährend mit den Kommunisten mit — und diese ergauern sich so ihre Mehrheiten. Zu bedauern ist dabei nur, daß beispielsweise der Arbeiter-Adolfsharzerbund und der Arbeiterathletenbund fast untätig der Entwicklung der Dinge zusehen. Einige Abteilungen der Radfahrer sind seit dem neuen Kartell, in den anderen Abteilungen wehren sich „Bundestreue“ verzweifelt gegen ihre Feinde. Von den Athleten ist im neuen Kartell gar nichts zu merken. Sie stehen offenbar so stark unter dem Einfluß des kommunistischen Landtagsabgeordneten und „Schwerathleten“ Sellheim, daß sie für ihre Gesundheit fürchten.

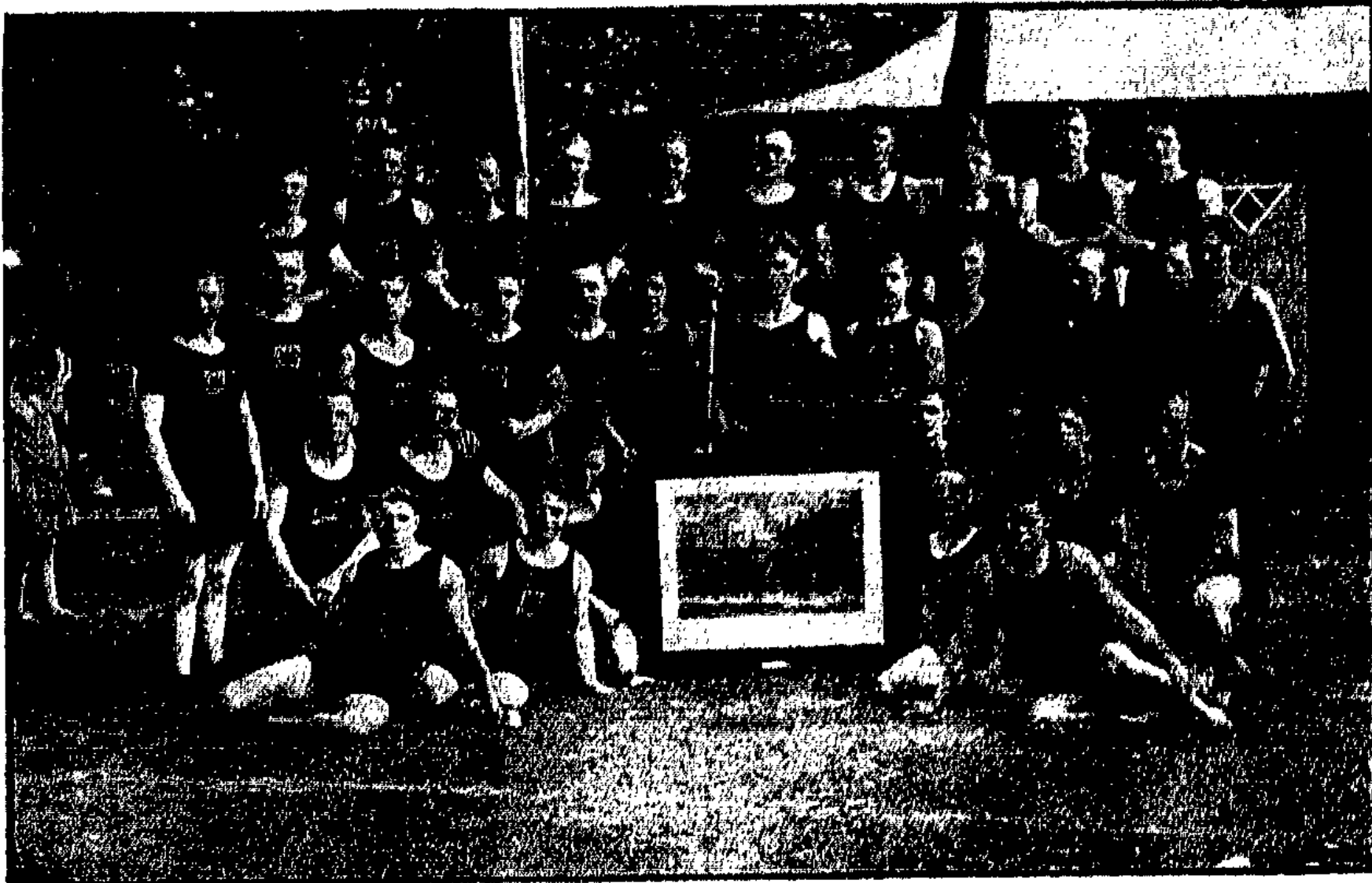
So steht's in Berlin. Die kommunistischen Vereine und die kommunistischen Parteisekretäre bestreiten zwar, eine Fikale der Roten Sportinternationale aufmachen zu wollen. Sie wollen vielmehr, wie sie sagen — „geschlossen für die Wiederaufnahme kämpfen“. Berlin wird sich also noch auf allerlei Gefaßt machen können.

Treibt Ergänzungssport!

Die Turner, Wassersportler und Leichtathleten müssen in der nächsten Zeit die Sportbetätigung im Freien aufgeben, und, so gut es geht, die Leibesübungen in Sälen, Turn- und Schwimmhallen ausüben. Wer die häufig noch gar zu unhygienische Einrichtung dieser Turn- und Sporthallen kennt, die häufig nur Staubentwicker größten Stils sind, weiß aber, daß die Sportbetätigung in diesen Hallen nicht die gleichen gesundheitlichen Vorteile bringen kann wie die Leibesübungen im Freien.

Turner und Leichtathleten, aber auch Wassersportler, müssen daher den Winter über in einer anderen Sportdisziplin Ergänzung suchen. Als besonders geeignet erscheinen da die auch im Winter zu ermöglichenden Rasenspiele. Eine Reihe von Spielen, beispielsweise das Fußballspiel, wird ja gerade in den Wintermonaten am eifrigsten gepflegt; die im Herbst beginnenden Serienspiele werden bis in das Frühjahr hinein fortgesetzt. Als Ergänzungsspiele kommen neben dem Fußballspiel das neuerdings an Ausbreitung stark zunehmende Handballspiel sowie Rastball, Hockey usw. in Betracht.

Manch ein gar zu strenger Winter die Rasenspiele unmöglich, dann schafft er doch zugleich die Voraussetzung für den Wintersport, der je nach den örtlichen Verhältnissen in zahlreichen Arten ausgeübt werden kann. Ein vortrefflicher und viel zu



Der Schussport auf dem Gautreffen des Reichsbanners
Die Siegermannschaft mit dem Senatschrempreis

wenig beachteter Ergänzungssport ist das Wandern; hier spielen Witterungsverhältnisse nur eine untergeordnete Rolle. Das Winterwandern sollte viel mehr gepflegt werden, und die Tradition der alten Turner im WTSB, häufig Vereinswanderungen zu unternehmen, muß wieder neu belebt werden.

Individueller Geschmack und körperliches Vermögen müssen für die Auswahl des Ergänzungssports ausschlaggebend sein; sein hauptsächlichster Zweck ist, daß neben dem Körpertraining in den Hallen die Betätigung im Freien nicht vernachlässigt wird.

Wer ist Arbeiter-Turner und -Sportler

Wer regelmäßig seine Beiträge (Bezirk, Kreis, Bund) bezahlt. Wer regelmäßig die Turn-, Spiel- und Sportstunden besucht. Wer in diesen Leistungsstunden nicht nur zuschaut, sondern mitmacht. Wer überall für die Arbeiter-Turn- und Sportsache agitiert. Wer der Jugend ein gutes Vorbild ist. Wer neben der körperlichen Ausbildung auch die geistige Ausbildung fördert. Wer als Funktionär seine Fähigkeiten der Allgemeinheit dienstbar macht. Wer die Bundeszeitung liest und den Inhalt nutzbringend für die Organisation verwendet. Wer erkannt hat, daß die Partei und Gewerkschaft für die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterschaft eintritt und ihr Mitglied ist. Arbeiterstages und Gewerkschaftspresse liest. Wer den Arbeiter-Turn- und Sportbund von den politischen Parteien unterscheidet kann. Wer sich nicht in Kleinigkeiten verliert, und nur die große Sache im Auge behält. Wer dem Bunde jederzeit und überall Ehre macht. Bist du auch Arbeitersportler?

Unsere Bundeschule

Der 19. September 1926 war einer der denkwürdigsten Tage des Arbeitersports: an diesem Tage wurde in Leipzig die Bundeschule des Arbeiter-Turn- und Sportbundes eingeweiht. Ein gewaltiger Bau war durch den Willen geeinter Arbeitermassen entstanden, und lebendiger Geist und frohes Leben sind seitdem in dieses Haus eingezogen.

Die damalige Eröffnungsfeier war eine der imposantesten Rundgebungen der Arbeitersportbewegung. Die Weihfeier am Vorabend bildete den Auftakt zu der gewaltigen Rundgebung am 19. September, bei der annähernd 4000 Trommler und Pfeifer spielten und ein nach Zehntausenden zählender Festzug vorbeimarschierte. Das Größte war aber der auch in sportlicher Beziehung einzig in der Welt dastehende Internationale Sternlauf. In sieben Hauptläufen und unzählbaren Nebenläufen trafen am Mittag des Weihetages die Stafetten aus der Schweiz, Desterreich, Belgien, Dänemark, Lettland, Tschechoslowakei usw. ein. Allein an den Hauptläufen beteiligten sich über 27000 Läufer, die insgesamt in 400 Stunden rund 6000 Kilometer zurücklegten. Nicht mit Unrecht wurden die Läufer mit dem Ehrenkleid „Die Sendboten des Proletariats“ besetzt. Das war vor zwei Jahren. Inzwischen haben mehr als 1000

Kursisten aus diesen Organisationen die Bundeschule besucht. Die Arbeiter-Turn- und Sportschule — wie ihr offizieller Name lautet — wirkt, mit ihrem Leiter Georg Benedix an der Spitze, im Interesse des Arbeitersports. Ihr Ziel ist die Vertiefung der Arbeitersportbewegung, die theoretische und praktische Ausbildung von Funktionären und die Durchbringung und Erforschung der vielen Fragen der Körperkultur in sozialistischem Sinne.

Die sozialistische Arbeiterbewegung kann stolz sein auf dieses Werk, das sich in der kurzen Zeit seines Bestehens einen guten Namen erworben hat. Die Bundeschule ist ein Wahrzeichen der Arbeitersportbewegung, ihr Motto „Nach Dich frei!“ hat ein tausendfaches Echo gefunden.

Sport und Blutkreislauf. Jeder Bewegungsvorgang in der Arbeit und im Sport — mag er noch so primitiv erscheinen — legt eine große Menge von Arbeitsfunktionen im Körper voraus. Es sind das neben der willkürlichen, bewußt herbeigeführten Tätigkeit (z. B. Befehl der Nerven an die Muskeln, in bestimmter Weise zu arbeiten) zahllose unbewußte Vorgänge, die automatisch eintreten, wenn vom Körper irgendeine Arbeitsleistung verlangt wird.

Eine der wichtigsten unwillkürlichen Tätigkeiten während der sportlichen Arbeit ist die Verstärkung des Blutkreislaufs. Jede Art von Leibesübungen verlangt erhöhte Blutzufuhr zu den arbeitenden Muskeln, um sie mit den während der Verdauung ins Blut aufgenommenen Kraftstoffen zu versorgen. Kann der Blutkreislauf infolge mangelhafter Übung mit den Anforderungen nicht Schritt halten, dann versagen die Muskeln. Es kommt also nicht so sehr auf die Menge der im Körper vorhandenen Kraftstoffe an, als vielmehr darauf, daß die Blutzirkulation mit den Bedürfnissen der Muskeln Schritt hält.

Radern und Baddeln im WTSB. Der erfreuliche Aufschwung, den die Wasserfahrbewegung im Arbeiter-Turn- und Sportbund in den letzten Jahren genommen hat, ist auch in diesem Jahr nicht zum Stillstand gekommen. Trotz der Schwierigkeiten, die gerade in Arbeiter Sportkreisen der Ausbreitung des verhältnismäßig teuren Bootsports entgegenstehen, sind bereits über 7000 Mitglieder in der Wasserfahrsparte des WTSB vereint. Den Vereinen und Mitgliedern stehen bis jetzt weit über 3000 Boote zur Verfügung, eine außerordentlich hohe Zahl, wenn es sich dabei auch in der Hauptsache noch um die leichteren und billigen Kanus handelt. Die Vereine sind jedoch fast überall am Werk, Kuderboote anzuschaffen, um auch den Mitgliedern, die finanziell zur Anschaffung eines Bootes nicht in der Lage sind, die aktive Sportbetätigung zu gewährleisten.

Einen neuen Weltrekord im Kugelstoßen stellte bei den Leichtathletikämpfen in Augsburg Fräulein Jungkuntz-Ulm auf; es gelang ihr, die Kugel beidarmig 20,48 Meter zu stoßen (rechts 11,28 Meter, links 9,20 Meter) und damit die von ihr gehaltene Bestleistung um 10 Zentimeter zu verbessern.

Parfüe
vollf. Schweizer nur 1.20
Rostocker Butterhandlung

Düngelkalk
Torfmulle
Lüders & Hintz
Kanalstraße 50/58
(unterhalb Lohberg)

Kalck & Blieffert
Drahtgitterfabrik und Schlosserei
Lübeck
Friedenstr. 54
Einfriedigungen aller Art
Geflechte in allen Abmessungen,
sowie Koppel- und Stacheldraht
Kostenanschläge werden nicht berechnet!

Glas schieben
O. Tauchnitz, Glasbild
Fleischstr. 35 Tel. 26708
Bilder-Einrahmungen.

Leder-Gohlen
Auschnitt und Steppere.
Bischoff & Krüger
Kantstraße 93
Ecke Bahnhofsstraße

Unser Vorkämpfer in Amerika
Upton Sinclair
50 Jahre alt

Singende Galgenvögel, ein „Sacco und Vanzetti“-Drama	RM. 1.80
Boston, der „Sacco und Vanzetti“-Roman (erscheint demnächst)	RM. 5.00
Petroleum, Roman	RM. 5.00
Der Sumpf	RM. 2.80
100%, Roman eines „Patrioten“	RM. 2.80
Die Wechsler, Bankroman	RM. 2.80
Jimmie Higgins	RM. 2.80
Der Liebe Pilgerfahrt	RM. 2.80
Man nennt mich Zimmermann	RM. 2.80
König Kohle	RM. 5.00
Die goldene Kette oder die Sage von der Freiheit der Kunst	RM. 2.80
Die Metropole (New York)	RM. 2.80

Buchhandlung Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Ganz vorzüglich
ist unsere
Teebutter 80 (lose)
(Marg.)
Rostocker Butterhandlung

Sonntage eines Arbeiters in der Natur
mit einem Vorwort von Bölsche
Ganzleinen gebund. Preis nur 1.25
Buchhdlg. Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Gottfried Stamer, Genin
Kolonial- und Festwaren-Handlung
Niederlage der Genossenschafts-Bäder

Kinders-Bettstellen
mit Gitter von 14.- bis 65.-
Große Bettstellen
von 11.75 bis 75.-
Gebrüder Heft
untertrave 111/112
i. Stad. tern Laden,
b. Holtenitz

Futtermilch
für Schweine
laufend abzugeben
Molleret Schweizerhof
Subed, Marktstraße 7a

Die Befehung der Arbeitsämter

Am 1. Oktober erfolgt die Eingliederung der Arbeitsämter in die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung. Die Berufung der Vorsitzenden der Arbeitsämter und ihrer Stellvertreter ist in 12 Landesarbeitsamtsbezirken abgeschlossen; nur im Rheinland steht die Berufung noch aus. Es wäre zu wünschen, daß auch dort bald klare Verhältnisse geschaffen werden; denn gerade im Rheinland haben sich in der letzten Zeit in verschiedenen mit der Arbeitslosenversicherung zusammenhängenden Fragen wenig erfreuliche Zustände herausgebildet. Im großen und ganzen sind die Berufungen auf Grund weitgehender Übereinstimmung bei den Entscheidungen der Landesarbeitsämter erfolgt, wobei freilich zu beachten ist, daß den Beschlüssen meist lange und oft schwierige Kompromißverhandlungen vorausgegangen sind. Die Entscheidung fiel im wesentlichen bei den Landesarbeitsämtern. Sie sollte dort fallen, da ja die Reichsanstalt möglichst dezentralistisch arbeiten will.

Die Berufung der Arbeitsamtsvorstände ist zunächst nur eine kommissarische für etwa drei bis sechs Monate. Das ist notwendig, denn für eventuell notwendig werdende Veränderungen in den Berufungen muß mindestens ein gewisser Spielraum bleiben. Niemand kann voraussehen, ob sich jeder, der berufen wurde, auch bewährt. Man darf nicht vergessen, daß unter den neuen Arbeitsamtsleitern auch Leute sind, die in ein verhältnismäßig neues Arbeitsgebiet kommen und sich im Anfang bei der Einarbeitung schwer tun werden. Ob alle, die sich berufen fühlen, sich auch den Aufgaben, die ihnen bevorstehen, gewachsen fühlen werden, müssen die nächsten Monate zeigen. Die Aufgaben der Vorsitzenden der Arbeitsämter sind keineswegs leicht; sie sind, wenn ein Vergleich gestattet ist, sicherlich in vielen Dingen schwerer und komplizierter als die Arbeit eines Landrates.

Unerfreulich ist, daß in manchen Gebieten, vor allem in Bayern und Württemberg, das bürokratische Element sehr stark in die Leitung eingedrungen ist. Der Ansturm der Bürokratie auf leitende Posten der Arbeitsämter war zeitweilig geradezu fürchterlich. Die Abwehr der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber gegen diesen Bürokratenanstrom war, wie der Abschluß der Berufung zeigt, leider nicht überall erfolgreich. Wenig erfreulich sind auch die starken Tendenzen auf Verbeamtung der Leiter der Arbeitsämter. Ein Teil von ihnen steht ja bereits im Beamtenverhältnis, und bei der starken Sehnsucht nach Verbeamtung muß befürchtet werden, daß die nicht im Beamtenverhältnis stehenden Arbeitsamtsleiter solange hängen und drängen, bis auch sie Beamte und nach einer rückständigen, überlebten Auffassung den im Beamtenverhältnis befindlichen Kollegen „gleich“ gestellt sind. Es wäre sehr bedauerlich, wenn die maßgebenden Stellen der Verbeamtungsbehörde gegenüber die kalte Schulter zeigen würden.

Die Übergangszeit ist offiziell am 1. Oktober abgeschlossen. Ein halbwegs einwandfreies Funktionieren der ganzen Reichsanstalt ist dringender als notwendig. Manche Gemeinden wollten sich keine Kosten mehr für die Nachweise machen und lassen fünf gerade sein. Die Folge ist z. B., daß es Arbeitsämter gibt, bei denen es sogar an den notwendigen Orientierungsplakaten fehlt. Rasches und gutes Funktionieren der neuen Sphäre ist also für den Augenblick das Wichtigste; denn der Herbst steht vor der Tür, und die Arbeitslosigkeit steigt.

Ein treffendes Urteil über das Ergebnis der Rationalisierung

Ziel der Wirtschaftsumstellung und Verbesserung der Produktionsbedingungen, was wir allgemein unter dem Schlagwort „Rationalisierung“ zusammenfassen, sollte letzten Endes eine Senkung der Preise und somit eine Verbreiterung der Produktionsgrundlage sein. Eine Rationalisierung, die lediglich die Produktionsbedingungen verbessert, auf der anderen Seite aber die Preise in die Höhe treibt, also Kaufkraft erschlägt, anstatt solche zu erzeugen, ist wirtschaftsfeindlich und muß abgelehnt werden. Daß die Wirtschaftsumstellung in Deutschland nicht das gebracht hat, was man allgemein erwartete, ist bekannt. Recht treffend betont der Wirtschaftsbericht der Disconto-Gesellschaft vom 1. August das Fiasco der Rationalisierungsbewegung:

„Es verdient immer wieder hervorgehoben zu werden, daß der viel besprochene Prozeß der Rationalisierung doch nicht nur darauf hinausging und hinausgeht, unsere technischen Produktionsbedingungen dem höheren Stande der ausländischen Wettbewerbler anzupassen. Daneben stand bei allen vorgenommenen technischen und organisatorischen Neuerungen, Umbildungen und Vereinfachungen immer als Ziel die Erreichung einer Produktionsverbilligung vor Augen, die zu Preisherabsetzungen und durch diese wieder zu einer Vergrößerung der Produktion und der Umsätze führen sollte.“ Dann wird angeführt, daß das Gegenteil eingetreten ist. Der Großhandelsindex für industriell hergestellte Konsumgüter betrug im Jahresdurchschnitt 1926/27 154,3 und im Juli dieses Jahres 176,2. Der Bericht der Disconto-Gesellschaft fährt dann fort: „Die Erhöhung des Gesamtpreisniveaus ist hauptsächlich auf Preissteigerungen innerhalb der industriellen Produktion und an den industriellen Märkten zurückzuführen. Mit Bezug auf das Problem der Rationalisierung ergibt sich aus dieser Entwicklung die Folgerung, daß wirtschaftliche Erfolge auf diesem Gebiet, soweit ihre Erzielung in Gestalt von Preisverbilligungen tagtäglich sollte, bisher überhaupt nicht erzielt worden sind.“

Sicher sehr treffende Wahrheiten, die besonders bemerkenswert sind, weil sie von solcher Stelle kommen. Die Disconto-Gesellschaft führt das Mißergebnis der Rationalisierung allerdings auf die Steigerung der Löhne und öffentlichen Lasten zurück. Eine Behauptung, hinter die wir ein großes Fragezeichen setzen und die lediglich eine faule Ausrede ist.

Pflichtarbeiter verklagen eine Stadt mit Erfolg

Vor dem Arbeitsgericht Bochum fand dieser Tage ein Termin statt, in welchem 150 Pflichtarbeiter die Stadt auf Zahlung des Tariflohnes verklagt hatten. Diese Pflichtarbeiter sind von der Stadt teilweise zu regulären Arbeitern herangezogen worden, die sonst Tarifarbeiter ausführen. Außerdem wurden sie größtenteils täglich acht Stunden beschäftigt und zu Arbeiten verwendet, die nicht gemeinnützigem Charakter tragen. Die Stadt ließ Abweisung der Klage bean-

Die Landesversicherungsanstalten auf neuen Wegen

Kindergeld — Herunter mit der Altersgrenze — Invalidität und Berufsunfähigkeit

Wenig beachtet von der breiten Öffentlichkeit fand am 4. und 5. Juli in München die Hauptversammlung der Landesversicherungsanstalten statt, die sich mit außerordentlich wichtigen Fragen zu beschäftigen hatte. Bekanntlich umschließt die Invalidenversicherung nach der Krankenversicherung den größten Versicherungsreis und hat nach ihr die höchsten Einnahmen und die größten Ausgaben. Es ist daher erfreulich, daß auf der diesjährigen Tagung der Landesversicherungsanstalten namentlich durch die Vertreter der freien Gewerkschaften ein freier Geist in die Beratungen gebracht wurde.

Wir haben seit Jahren darauf hingewiesen, daß die falsche Sparpolitik der Landesversicherungsanstalten den Rentenbeziehern erhebliche Nachteile brachte, ohne daß die von den L. V. A. auf der anderen Seite erwarteten Einsparungen ermöglicht wurden. Die Bürgerblockregierung hatte im Jahre 1926 rückwärts die Gewährung des Kindergeldes auf das 15. Lebensjahr herabgesetzt, während es früher bis zum 18. Lebensjahr gezahlt wurde. Nur wenn die Kinder Schul- oder Berufsausbildung erhalten, kann das Kindergeld bis zur Vollendung des 22. Lebensjahres gewährt werden. Die Landesversicherungsanstalten versprachen sich von dieser rückwärtigen Maßnahme, die dem größten Teil der Invalidenrentner das Kindergeld nahm, goldene Berge. Jetzt mußten die Herren zugeben, daß unsere Erwartungen enttäuscht sind. Die Ersparungen sind gering, werden aber aufgehoben durch die Unsumme von Arbeit, die jetzt zu bewältigen ist bei Nachprüfungen darüber, ob über das 15. Jahr hinaus Kindergeld gezahlt werden kann. Es zeigt sich hierbei wieder, daß engherzige Einstellung der Sozialrentnern gegenüber sich rächt. Leider erheben die Landesversicherungsanstalten aus ihren Darlegungen nicht die vernünftige Forderung, die Altersgrenze wieder auf das 18. Lebensjahr heraufzusetzen. Dieses muß unverzüglich durch unsere Genossen im Reichstage gefordert werden. Laufende von Invaliden, die ihre Kinder keinen Beruf lernen lassen können, weil ihnen die Mittel fehlen, die aber auch keine Arbeit für ihre Kinder beschaffen können, werden dafür dankbar sein.

Auch in der Frage der Altersgrenze, die jetzt bekanntlich beim 65. Lebensjahre liegt, änderten sich die Anschauungen grundlegend. Die Vertreter der Landesversicherungsanstalt für Sachsen-Anhalt verneinten Forderungen wurden einstimmig gebilligt. Es darf daher erwartet werden, daß nunmehr keine wesentlichen Schwierigkeiten bestehen, die Altersgrenze auf das

60. Lebensjahr herabzudrücken. Mindestens wird eine Kompromißlösung möglich sein, derart, daß vom 60. Lebensjahre ab nur noch Berufsunfähigkeit vorhanden sein muß, um zur Gewährung der Invalidenrente zu gelangen. Diese liegt bei 50 Prozent Erwerbsunfähigkeit.

Auf der Tagung sprach auch der Präsident Schäfer über die Auslegung des berühmten § 1255. In diesem Paragraphen sind die Merkmale der Invalidität festgelegt. Es heißt da:

„Als Invalide gilt, wer nicht mehr imstande ist, durch eine Tätigkeit, die seinen Kräften und Fähigkeiten entspricht und ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufes zugemutet werden kann, ein Drittel dessen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art und ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen.“

Das Reichsversicherungsamt hatte diesen Paragraphen in einem dem Arbeiter so ungünstigen Sinne ausgelegt, daß selbst bei hochgradiger Berufsunfähigkeit die Gewährung der Invalidenrente verweigert wurde, weil der Arbeiter, der um Rente klagte, noch fähig wäre, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ein Drittel dessen zu verdienen, was gesunde Arbeiter imstande wären zu verdienen. Das Reichsversicherungsamt fürchtete wahrscheinlich, bei einer anderen Auslegung des § 1255 dem im Reich vorhandenen Begriff der Berufsunfähigkeit derart Geltung zu verschaffen, daß genau wie in der Angestelltenversicherung Berufsunfähigkeit als Maßstab der Invalidität angenommen werden mußte. Da wäre aber jeder Unterschied zwischen der Invaliden- und Angestelltenversicherung weggefallen. Schäfer erklärte nun, daß das Reichsversicherungsamt eine gewisse Abänderung der Rechtsprechung bei Auslegung des § 1255 durch eine billige Berücksichtigung der Berufsausbildung in Aussicht stelle. Wir sind gespannt, ob diesen Worten Taten folgen werden.

Die Landesversicherungsanstalten sind nach dem Gesagten im Begriffe neue Wege einzuschlagen. Die Tagung des Hamburger Gewerkschaftskongresses tat das Abbrige, um sie auf diesen eingeschlagenen Pfaden vorwärts zu treiben. Die geschichtlich bedingte Zerpflünderung der deutschen Sozialversicherung wird dabei zwangsläufig zu einer Vereinigung der Invaliden- und Angestelltenversicherung kommen müssen. So werden wir unter dem Druck der organisierten Arbeiterschaft diese alte sozialpolitische Forderung im Reichstage durchsetzen.

Kongress der Privatangestellten

Am Sonnabend begann in Dresden der Kongress des Internationalen Bundes der Privatangestellten. Der letzte Kongress dieser Organisation, der heute über 700 000 Mitglieder umschließt, fand vor drei Jahren in Kopenhagen statt. Vertreten sind Organisationen aus Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Jugoslawien, Niederlande, Norwegen, Oesterreich, Polen, Schweden, der Tschechoslowakei und Ungarn. Der Vorsitzende des Kongresses konnte außer den Delegierten zahlreiche Vertreter von Reichs- und Staatsbehörden, Freunde der Verbände sowie des Internationalen Arbeitsamtes begrüßen.

Als Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes erklärte Regierungsrat Donan-Berlin, daß das Internationale Arbeitsamt dem Wunsch des Internationalen Bundes der Privatangestellten, einen ständigen Ausschuss für Angelegenheiten einzurichten, sicherlich bald entsprechen werde. Für den Internationalen Gewerkschaftsbund überbrachte Cassenbach die besten Wünsche für reibungslose Zusammenarbeit zwischen den internationalen Angestellten- und Arbeiterorganisationen. Als lehrer Redner sprach unter besonders starkem Beifall der sozialdemokratische Abgeordnete Aufhäuser für den Allgemeinen freien Angestelltenbund. Er begrüßte den Kongress vor allem als einen starken Faktor des Friedens. Immer mehr stelle es sich heraus, daß die Konferenzen der kapitalistischen Regierungen nicht imstande wären, den Krieg zu überwinden. Nur die Einheitsfront der Arbeiter und Angestellten könne den dauernden Frieden in der Welt schaffen.

Im Anschluß an den vom internationalen Sekretär Smith erstatteten Geschäftsbericht wurde wieder einmal das Verhältnis der Amsterdamer Gewerkschaften zur Moskauer Gewerkschaftsinternationale erörtert. Einzelne Delegierte aus Polen und der Tschechoslowakei wünschten, daß neue Versuche gemacht würden, um zu einer freundschaftlichen Zusammenarbeit mit den Russen zu gelangen. Sie schlugen u. a. vor, der Bund solle eine Delegation nach Rußland entsenden. Pözl-Wien, Mitglied des Internationalen Vorstandes, trat diesen Bestrebungen wirkungslos entgegen. Er betonte, daß das freigewerkschaftliche Prinzip im westeuropäischen Sinn unbedingt, auch den Russen gegenüber, aufrechterhalten werden müsse. Wie den Russen keine Vorschriften gemacht würden, so müßten auch die Privatangestellten, die Amsterdam angeschlossen seien, für sich das Recht auf eine den westeuropäischen Verhältnissen entsprechende organische Entwicklung der Arbeiterbewegung geltend machen. Der Kongress unterstrich mit starkem Beifall diese Ausführungen und ging über den Antrag auf Entsendung einer Delegation nach Rußland gegen eine Stimme zur Tagesordnung über. Gegen die Vergewaltigung der Angestelltenorganisation von Barcelona durch die spanische Diktatur erhob der Kongress in einer einstimmig angenommenen Entschließung scharfen Protest. Der Bericht des Generalsekretärs wurde einstimmig gutgeheißen.

Der Arbeitsmarkt Anfang September. Nach den Berichten der einzelnen Landesarbeitsämter ist die Arbeitslosigkeit in der letzten Woche in geringem Umfange gestiegen. Zwar setzte sich in Brandenburg und in der Nordmark noch eine gewisse Entlastung durch, doch ist die allgemeine Lage schwandend und uneinheitlich. In einigen Bezirken waren es ländliche und in anderen wiederum gerade großstädtische Arbeitsämter, bei denen sich der Beschäftigungsgrad hob. Im allgemeinen zeigt sich aber als gemeinsames dieser Bewegungen, daß die Wirtschaft noch über widerstandsfähige Kräfte verfügt, die das Abgleiten des Beschäftigungsgrades teilweise aufhalten, teilweise wenigstens abschwächen.

tragen. Das Arbeitsgericht stellte jedoch fest, daß wegen der achtstündigen Beschäftigung je Arbeitstag und wegen der Tatsache, daß es sich nicht um gemeinnützige Arbeiten handelte, ein rechtes Arbeitsverhältnis zustande gekommen sei. Nach dieser Auffassung würde die Stadt zur Zahlung der Tariflöhne verurteilt werden. Dies wird geschähen, indem jeder einzelne Kläger nunmehr seine Ansprüche geltend zu machen und unter Beweis zu stellen hat. Bei diesen Terminen wird dann jeweils der von der Stadt nachzuzahlende Lohnunterschied ermittelt werden.

Die Verkürzung der Arbeitszeit ein Erfolg gewerkschaftlicher Arbeit

Die Klasse der Arbeitenden galt lange Zeit als eine minderwertige Sorte von Menschen, die lediglich zu arbeiten und zu gehorchen hatten. Keine Arbeitsstiere waren es, die in den Fabriken dahinschliefen, fernab von der Sonne des Glühs und der Freude. Von allen Kämpfen waren diejenigen um die Arbeitszeit die härtesten. In dem Jahrbuch des Arbeiterrats Groß-Samburg wird auf die Kämpfe um die Arbeitszeit treffend mit folgenden Worten hingewiesen:

„Es war fast ausschließlich Aufgabe und Verdienst der Gewerkschaften, in zahllosen Arbeitskämpfen die ursprünglich ungehemmte Arbeitszeit allmählich auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Von insgesamt 54 628 Streiks, welche in Deutschland in den Jahren 1899 bis 1914 stattfanden, hatten 9348 ausschließlich die Arbeitszeit zum Kampfgegenstand, und selbst in den folgenden vier Kriegsjahren gingen von 2196 durchgeführten Streiks noch 240 um die Arbeitszeit. Während man in den 70er Jahren allenthalben noch um die Durchführung einer zwölfstündigen Arbeitszeit rang, bildete in den Jahren vor dem Kriege — die Kriegsjahre müssen wegen der besonderen Erfordernisse der Kriegswirtschaft außer Betracht bleiben — der Neun- und Zehnstundentag die Regel. So arbeiteten nach der amtlichen Statistik des Jahres 1913 von den den Tarifverträgen unterstehenden Arbeitern nur 3,7 Proz. bis zu 50 Stunden wöchentlich, 33,3 Proz. über 52 bis 64 Stunden, 52,7 Proz. über 54 bis 60 Stunden und 8,7 Proz. über 60 Stunden wöchentlich, wobei die Schwerindustrie und andere Industriezweige mit besonders schlechten Arbeitsverhältnissen und besonders langer Arbeitszeit nicht berücksichtigt waren.“

Daß es heute anders ist, ist lediglich der unermüdbaren Tätigkeit der Gewerkschaftsbewegung zu danken. Die Novemberumwälzung im Jahre 1918 vollstreckte das, was in langen Kämpfen vorbereitet war. Es wird indessen noch jähzer Arbeit bedürfen, um die inzwischen eingetretenen Verschlechterungen wieder auszugleichen.

Aus den Verbänden

Invalidenunterstützung im Zentralverband der Schuhmacher

Die Abstimmung über die Einführung der Invalidenunterstützung im Zentralverband der Schuhmacher hatte folgendes Ergebnis: Die Zahl der Mitglieder am Schluß des 2. Quartals 1928 betrug 80 096. Hieron haben abgestimmt 30 450, d. h. 38,02 Prozent. Von den abgegebenen Stimmzetteln waren ungültig 322. Gültig waren 30 128 Stimmzettel. Mit Ja stimmten 15 833 (52,5 Prozent), mit Nein 14 295 (47,45 Prozent). Die einzuführende Invalidenunterstützung ist somit angenommen. Auf Grund des Abstimmungsergebnisses hat das neue Verbandsstatut am 1. Januar 1929 in Kraft zu treten.



Partei-Nachrichten

Sozialdemokratischer Verein Lübeck

Spezialstunden: ...

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer. Treffen in Schwerin am Sonntag dem 30. September, vorm. 10 Uhr, im Hotel „Mehlschiff“.

Schreibkassen. Mittwoch, den 19. September, abends 8 Uhr, im „Landsbau“-Mittelschulsaal.

Sozialdemokratische Frauen

12. Distrikt. Versammlung am 20. September, abends 8 Uhr: 1. Vortrag der Genossin Lewitz; 2. Bericht über den 1. Teil der Parteitagung.

Sozialistische Arbeiter-Jugend

Bureau: Johannisstraße 48. Sprechstunden: Montag und Donnerstag von 6-7 Uhr. In die Arbeitervereine der Sozialistischen Arbeiter-Jugend.

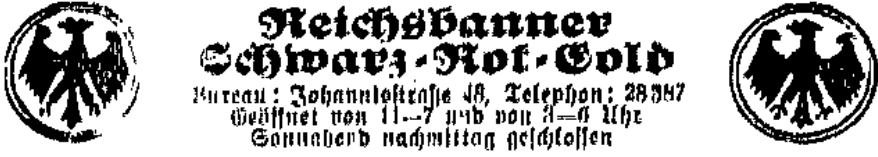
Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Kinderfreunde. Gruppenleiter müssen bis zum 1. Oktober ihre Mitgliedsliste ordnen.

Gewerkschaftliche Mitteilungen

Die gesamte Gewerkschaftsjugend nimmt an dem Vortrag am Donnerstag abends 8 Uhr in der Aula des Johanneums teil. Referent: Genosse Hans Becker.

Achtung, Sozialrentner!

Freitag, 21. September, abends 6 Uhr findet für die Sozialrentner ein Gemüthlicher Abend mit Tanzeinlagen statt.



Achtung! Die Abrechnung der Festabgaben muß umgehend erfolgen.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte

Der Seewind hat sich mit seinem Kern nordwärts schnell verlagert und liegt heute über dem Nordmeer. Seine südlichen Randwülste erreichen die Küste der Ostsee.

Schiffsnachrichten

Dampfer „Alga“ ist am 18. September 11 Uhr in Sevilla angekommen. Angewandte Schiffe: 18. September. M. Ehn, Kapit. Carlsson, von Rensborg, 1 Tg.



Fähig, Koks. - E. Allania, Kapit. Mattson, nach Zolohab, Koks. - M. Guntor, Kapit. Ekström, nach Rönnehamn, Koks.

Dampfer „Imatra“ ist am 18. September 17 Uhr von Neufahrwasser nach Kollta abgegangen.

Kanalsschiffahrt

Eingehende Schiffe: Nr. 8840, Basse, R. Rosenburg, 380 T. Brille, von Niefa. - Nr. 6026, Werner, Altfarb, 172 T. Schellhohn, von Landsberg.

Marktberichte

19. September. Bauernbutter, Pfd. 1.00-2.20, Meiereibutter, Pfd. 2.30-2.40, Enten, Stück 3.00-4.00, Hühner, Stück 2.00-3.00.

17. September. Den Schleswig-Holsteinischen Festel und Zungenschweinehälften vom 8. bis 15. September waren insgesamt zugelassen rund 8900 Stück.

Hamburger Getreidebörse vom 18. September. (Bericht des Vereines der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Auf den gestrigen festem Tag folgte heute wieder eine nachgebende Börse für Brotgetreide.

Verantwortlich für Inhalt und Vollständigkeit: Dr. Fritz Salmtz für Verlagsamt Lübeck und Verlagsamt: Hermann Bauer Druck und Verlag: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten

Oeffentliche Sitzung des Verwaltungsgerichts

am Donnerstag, dem 20. Septbr. 1928, 16 Uhr im Finanzamt, Fleischhauerstraße Nr. 20, Zimmer 25

Ueber das Vermögen des Dachdeckermeisters Franz Heinrich Ludwig Christian Brwaldt in Lübeck, Hundestraße 70, wird heute, am 18. Septbr. 1928, mittags 13 Uhr 10 Minuten das Konkursverfahren eröffnet.

Verpachtung

der Rißerauer Mühlensteichwiesen am Sonntag, dem 23. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, in der Gastwirtschaft von Scheel in Rißerau

Ernst Jakoby Henny Jakoby Vermählte geb. Koppelt Für die uns erwiesenen Aufmerksamkeiten und Geschenke danken herzlich D. O.

Nach langem, schwerem Leiden entschlief heute früh meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter Maria Petersen geb. Dorendorf 8840 im 52. Lebensjahre.

In der Frühe des 16. September verschied nach schwerer Krankheit Herr Oberstudienrat Professor Dr. Ernst Fricke

Am 14. d. Mts. verstarb unser Kollege Josef Nowicki Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Advertisement for ALMA margarine featuring an illustration of a woman carrying a large tub of ALMA margarine. Text: 'Ein unentbehrliches Nahrungsmittel aus edelsten Erzeugnissen der Natur... Das Pfund kostet nur 85 Pfennig.'